

Bezugspreis:
Bretzeln 30.- M. monatl. 20.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 20.- M. einzahl. Zu-
schickungsgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar-
und Rheingebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Luxemburg 24.- M. für
das übrige Ausland 28.- M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Litauen, Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Freizeit“ und der
Beilage „Stellung und Meinungen“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die begehrteste Annoncezeile
kostet 2.- M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1.- M. (zu-
läufig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1/2 M. Einzeilengröße
und Schließensatzungen des sehr
wert 1/2 M. Jedes weitere Wort
1.- M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Donnerstag Zeit 4.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 66, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geschlo-
ßen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Wörstpl. 15195-97
Expedition Wörstpl. 11753-54

Sonntabend, den 28. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Juicosten-
Abteilung Wörstpl. 11753-54

Sieg der Regierung im Reichstag.

Die gestrige Reichstagsitzung hat, wie nicht anders zu erwarten war, mit einem vollen Sieg der Regierung geendet. Ein von den Rechtskommunisten eingebrachtes Misstrauensvotum wurde in gewöhnlicher Abstimmung gegen 18 Stimmen abgelehnt. Die Regierung kann mit diesem Ergebnis zufrieden sein.

Für den Antrag der KPD stimmten nur die Kommunisten. Die Deutschnationalen entzogen sich der Abstimmung durch Auszug aus dem Saal. Namens der Unabhängigen hatte Ledebour Ausfegung der Abstimmung verlangt und, als er damit nicht durchdrang, Stimmenthaltung proklamiert. Tatsächlich haben aber die Unabhängigen, indem sie sich blieben, gegen den Misstrauensantrag gestimmt, wie sie es zweifellos auch getan haben würden, wenn über diese Frage ein Fraktionsbeschluss erfolgt wäre.

So günstig nun auch das Ergebnis für die Regierung war, so soll man doch nicht übersehen, daß die Schwäche der Opposition auf mancherlei Unklarheiten der innerpolitischen Lage zurückzuführen ist. Die Deutsche Volkspartei und die USP sitzen beide zwischen Baum und Borke, sie nehmen eine Mittelstellung ein zwischen Regierungspartei und Opposition. Die Abstimmung, die nur die Ablehnung eines Misstrauensvotums gegen wenige Stimmen, nicht die Annahme eines Vertrauensvotums mit starker Mehrheit brachte, hat gezeigt, daß es auf der einen Seite eine große Koalition nicht gibt, und daß auf der anderen Seite die Unabhängigen zwar schwanken, aber sich doch halten, zur Opposition gegen die Regierung überzugehen.

Die Debatte wurde durch eine treffliche Rede unseres Genossen Hermann Müller eingeleitet, die sich mit Gründen von überzeugender Schärfe gegen die Politik des nationalen Selbstmordes wandte, wie sie von den Deutschnationalen empfohlen wird. Bei dieser Gelegenheit gelang es dem kürzlich erst eingetretenen deutschnationalen Abg. Budjuhn, sich durch einen Zwischenruf zu plötzlicher Berühmtheit zu verhelfen. Als Gen. Müller auf den unseugbaren Erfolg der Erfüllungspolitik hinwies, daß die im Mai v. J. angedrohte Besetzung des Ruhrreviers unterblieben ist, klang von rechts her der höhnisch-herausfordernde Ruf: „Das kommt ja doch!“ Gen. Müller nagelte die Deutschnationalen sofort auf diese Selbstentlarung fest, und fast das ganze Haus erhob sich in Entrüstung gegen den vorlauten Verfälscher „nationaler“ Hoffnungen, indes die Deutschnationalen stumm und verlegen dalagen.

Als dann Gen. Müller nachwies, daß es inkonsequent sei, Erfüllung des Vertrages zu verlangen, die indirekten Steuern aber, die der Vertrag fordere, abzulehnen, regte sich bei den Unabhängigen verworrenen Widerspruch. Und als der Redner die Unabhängigen aufforderte, sich darüber einmal auf der französischen Botschaft zu erkundigen, glaubten manche von ihnen, darin eine Unterstellung erblicken zu müssen, an die Müller — wie er später in einer persönlichen Bemerkung feststellte — nicht im Traume gedacht hatte.

War also dieser kleine Zwischenfall leicht beigelegt, so hat dann leider der unabhängige Abg. Dr. Breitscheid viel zur neuen Verschärfung der Gegensätze beigetragen. Im ersten Teil seiner Rede hatte er sich mit solcher Wärme für die auswärtige Politik der Regierung eingesetzt, daß man gerade von ihm volles Verständnis für die Gründe erwarten durfte, aus denen sich die Sozialdemokratie für die Besetzung der innerpolitischen Krise eingesetzt hatte. Aber, das Vorausgesetzte völlig vergessend, tobte dann Breitscheid gegen das abgeschlossene Steuerkompromiß und ließ sich durch Zwischenrufe und sein eigenes rhetorisches Temperament zu immer schärferen Angriffen auf die Sozialdemokratische Partei hinreißen. Es kann der Verständigung zwischen den beiden Parteien nicht dienen, wenn man die Gründe der anderen so absichtlich verkennet und übersieht, wie es Breitscheid gestern getan hat.

Die Behauptung des unabhängigen Redners, daß sich Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei schon „auf der Hochzeitsreise“ befänden, wurde durch die folgende Rede des volksparteilichen Herrn Becker-Hessen sehr deutlich widerlegt. Sie zeigte, daß es der Deutschen Volkspartei doch noch sehr schwer fällt, ihre frühere oppositionelle Stellung zu der entscheidenden republikanischen und westfriedlichen Politik der Regierung aufzugeben. Zum Schluß deutete Herr Becker sogar mit hörbarer Deutlichkeit an, daß seine Partei das Steuerkompromiß nur auf Kündigung abgeschlossen habe. Dieses Kündigungsrecht, das Herr Becker für seine Partei in Anspruch nimmt, gibt natürlich auch für die anderen. Herrn Beckers Rede wäre wohl geeignet, die Sozialdemokratie aus dem Zustand der Vertrauenslosigkeit, wenn er irgendwo bestanden hätte, energisch aufzusuchen. Wir können aber versichern, daß dieser Zustand nicht besteht

und daß es eines Warnungssignals, wie wir es in der Erklärung des Volksparteilers erblicken müssen, gar nicht erst bedurft hätte.

Die Debatte, an der sich außerdem Marx für das Zentrum, Petersen für die Demokraten, Reich für die Bayerische Volkspartei, Levi und Roenen für die kommunistischen Splinter beteiligten, brachte am Schluß noch einen wenig glücklichen Exkurs des unabhängigen Crispian über die Frage, ob es ein Vaterland gibt, und einen deutschnationalen Misstrauensvotumersatz in Form einer Erklärung, die Herr Hergt mit der üblichen Schnoddrigkeit abgab.

Das schon besprochene Schlussergebnis wird erst im Zusammenhang mit dieser Debatte richtig verständlich. Die Brücke, die das Kabinett Birtz gestern passierte, ist sehr breit, aber sie ist nicht ganz so fest. Einstweilen ist ja alles in Ordnung, aber in absehbarer Zeit können auch neue Schwierigkeiten kommen, die, trotz polemischer Zwischenfälle, ein festes Zusammenstehen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, das heißt, einer vernünftigen Politik der Unabhängigen, nötiger machen würden denn je!

Die gestrige Reichstagsitzung eröffnete Präsident Lohde mit folgendem

Nachruf für Luise Zieh:

Ihnen allen ist die schmerzliche Kunde zu Ohren gekommen, daß Frau Abg. Zieh, die gestern an der Spitze ihrer Arbeit in eine schwere Ohnmacht fiel, heute auf ihr Totenlager getragen wurde. Ein Leben voll unermüdblicher, rastloser, zermürbender Arbeit ist erloschen. Frau Abg. Zieh war

eine der ersten deutschen Frauen,

die für die politische Gleichberechtigung ihres Geschlechts gekämpft haben. Sie war eine der ersten Frauen, die in die deutschen Parlamente einzogen, und an dem Platze, den sie für die deutschen Frauen mitgekämpft hat, ist sie hingelunken. Wie im Plenum kennen sie als temperamentvolle Streiterin, die auch dem heftigsten Meinungsstreit nicht auswich und an jeder Fehde sich gern beteiligte. Wer mit ihr in den Kommissionen gearbeitet hat, der weiß, wie fleißig sie war und wie gewissenhaft sie es mit ihren Pflichten nahm. Die Parteifreunde verehren in ihr eine glühende Vorkämpferin für ihre Sache. Wer ihr aber persönlich näher treten durfte, der weiß, daß hinter dem Harnisch der Kämpferin ein mütterliches, warmes Herz schlug, das auch durch die Härten und die Heftigkeit des Kampfes nie zerstört werden konnte. Ich danke Ihnen, daß sie sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Söhnen erhoben haben.

Auf eine kleine Anfrage Roenens (Komm.) über die Beschlagnahme des aus Deutschböhmen bezogenen „Pflasterspiegels“ durch das Zollamt in Romscheid als unzüchtiger Schrift erwidert Ministerialdirektor Dr. Zahn, die Beschlagnahme sei auf Grund eines Gerichtsbeschlusses erfolgt, der nicht angefochten worden sei.

In der nun fortgesetzten Aussprache über die Regierungserklärung führt

Abg. Müller-Franken (Soz.)

aus: Der Reichszanzler hat sich in seiner Rede zur Politik der Völkerverständigung, er hat sich seiner ganzen reifen, politischen und ethischen Gesinnung nach zu den Grundfragen des Christentums bekant und an die Tätigkeit erinnert, die der verstorbene Papst für die Herbeiführung eines Friedens während des Krieges ausgeübt hat. Als der Reichszanzler geredet hatte, kam Graf Westarp, Reichsritter des Johanniterordens, und sagte, daß der Reichszanzler nur allgemeine Redewendungen gebraucht hat. Graf Westarp hat damit in einem Anfall subjektiver Wahrheitsliebe zugegeben, daß ihm wahre, christliche Grundätze fremd sind. (Beif. Zustimmung b. d. Soz.) Niederhaltung des deutschen Volkes im Innern und Unterjochung fremder Völker, das war ja der Inhalt jener brutalen Politik vor und während des Krieges, die die Deutschkonservative Partei getrieben hat und zu deren Rechtfertigung sie das Christentum jederzeit mißbrauchte, als sie im Übrigkeitstout noch die maßgebende Partei war. (Zuruf von den Deutschnationalen: Sie wissen ja gar nicht, was Christentum ist!) Von einem Amtsrichter Ihrer Art werde ich mir das nicht begreiflich machen lassen! Wenn im übrigen Graf Westarp und seine Freunde wirklich christliche Demut hätten, würden sie über die schweren Fehler ihrer Kriegspolitik endlich nachdenken und in sich stehen. Sie würden dann bekennen: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht! (Zuruf v. d. Deutschnationalen: Dieses Gericht ist noch nicht zu Ende!) Sie werden es schwerlich erleben, Herr Dr. Helfferich, daß ein Appell an das Urteil dieses Weltgerichts Erfolg hat, solange Ihre Partei die Politik treibt, die sie bis zum heutigen Tage getrieben hat. Graf Westarp hat dann die Politik, die das augenblickliche Kabinett empfohlen hat, als selbstmörderisch hingestellt. Er und seine Freunde wollten im Mai das Ultimatum nicht unterzeichnen und es auf die Besetzung des Ruhrgebietes ankommen lassen. (Zuruf v. d. Soz.: Es kommt ja doch! — Große Unruhe links. — Zurufe v. d. U. Soz.: Ihre große Schnoddrigkeit!) Wenn Ihre Partei aus Rader kommt, dann kommt bestimmt die Besetzung des Ruhrgebietes. Es gibt vielleicht

hausnackte des deutschen Kapitalismus,

die das herbeiwünschen (Sehr richtig! b. d. Soz.), weil sie das als beste Sicherung vor der Sozialisierung betrachten. Es wird der

subjektiven Wahrheitsliebe des Grafen Westarp schwer fallen, zu behaupten, daß eine Politik, die zur Besetzung des Ruhrgebietes führen würde, staatszerhaltend ist.

Die deutsche Regierung, die deutschen Arbeiter haben sich stets um den Wiederaufbau bemüht, und wir hoffen immer noch, daß es den Geschädigten, die sich jetzt in Frankreich organisiert haben, gelingen wird, eine Verringerung der französischen Politik in bezug auf den Wiederaufbau Nordfrankreichs herbeizuführen. Lloyd George hat noch am Sonntagabend in London erklärt: Deutschland soll zahlen und kann zahlen. Aus dem Absoluten ins Relative überlegt heißt das, Deutschland muß soviel bezahlen, wie es bezahlen kann. In dieser Erkenntnis haben wir uns stets dafür erklärt, daß die Kräfte des deutschen Volkes für die Wiederherstellung angepannt werden, soweit das nötig ist. Diese Politik ist die einzige, die uns

draußen Vertrauen

schaft. Sie hat nach Cannes geführt und Cannes war ein Erfolg. Wir wollen ihn nicht überschätzen, wir haben aber noch weniger Ursache, ihn zu unterschätzen. Nur auf diesem Wege wird überhaupt allmählich der notwendige Ausgleich herbeigeführt werden. Damit haben wir es auch begründet, daß das Kabinett Dr. Rathenau zum Reichskommissar für diese Verhandlungen bestimmt hat. Das Kabinett Dr. Rathenau in Cannes und vorher in London hat dazu beigetragen, eine bessere Atmosphäre für die weiteren Verhandlungen über die Reparationen zu schaffen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit sagen uns die Deutschnationalen und ihre Presse, daß, wenn wir vorwärts kommen wollen, wir eine einheitliche Meinung in Deutschland brauchen. Aber dieselben Herrschaften, die uns fortwährend diese weisen Lehren geben, bringen es dann fertig, in einer Zeit, wo der bestellte deutsche Unterhändler die schwierigen Verhandlungen in Cannes führt, ihn zu Hause anzugreifen und herabzusetzen. Ich glaube nicht, daß diese Feindseligkeit der deutschnationalistischen Presse dem Dr. Rathenau in Cannes allsehr geschadet hat; denn diese Presse und Partei sind ja im Ausland bekant. Wenn man am 18. Januar nationalistisch verhetzten Massen vorgegaukelt hat, daß auf den 9. November wieder ein 18. Januar folgen werde, so können Sie versichert sein, daß Sie das nicht erleben; denn wenn Sie den Versuch machten, einen neuen 18. Januar herbeizuführen, würden Sie einen zweiten 9. November erleben, bei dem Sie viel mehr blaue Wästen brauchen, als Sie am letzten 9. November gebraucht haben. (Suhurufe rechts.) Wohin wird der Weg von Cannes führen? Nach der Auffassung maßgebender französischer Regierungskreise soll über

die Reparationsfrage in Genua

nicht verhandelt werden. Das wäre das Unglücklichste, was geschehen könnte. Denn der Wiederaufbau Europas ist praktisch von der Reparationsfrage gar nicht zu trennen. Daß der Wiederaufbau Europas sehr schwer ist, hat die Reparationskommission durch ihre Entscheidung vom 13. Januar selbst bewiesen, indem sie einen Plan nicht aufgestellt hat, sondern uns diese Last zugeschoben hat. Wir als Vertreter der breiten Masse haben das allergrößte Interesse daran, daß bald eine Regelung unseres inneren Haushaltes erfolgt; denn niemand hat im Grunde genommen mehr zu leiden unter der fortschreitenden Geldentwertung als die breiten Massen. Wir hoffen, daß der ordentliche Haushalt geordnet wird durch die Steuern, die wir zu bewilligen entschlossen sind, wenn nicht etwa durch weitere Geldentwertung neue Lasten für das deutsche Volk und seinen Haushalt erwachsen. Der Etat der Verkehrsanstalten muß in Ordnung gebracht werden; denn auf die Dauer dürfen nicht aus den Lohnabhängigen der Gehaltsempfänger Zuschüsse denjenigen geflossen werden, die sich beispielsweise ein Telefon halten können.

Der außerordentliche Haushalt kann auf dem üblichen Steuerwege überhaupt nicht in Ordnung gebracht werden, sondern dazu bedarf es einer Erleichterung unserer Reparationslasten und außerordentlicher steuerlicher Mittel. Wir wehren uns dagegen, daß weiter die Rutenpresse in Bewegung gesetzt wird. Wenn wir mit dem außerordentlichen Etat überhaupt in Ordnung kommen wollen, so brauchen wir das, was Keynes einmal

„eine Atempause für das deutsche Volk“

gennannt hat. Wir müssen, um zum Ziele zu kommen, Geduld haben. Seit Monaten wurde von uns verlangt, daß neben den direkten Steuern und Verbrauchssteuern ein außerordentliches Opfer der Besitzenden gebracht wird. So niedrig wie weite deutsche Kapitalistenkreise die deutsche Kraft einschätzen, ist sie nicht. Es ist deshalb notwendig, daß Maßnahmen getroffen werden, die vor allen Dingen zunächst eine

Kassische Erfassung der Auslandsguthaben

der deutschen Industrie und des deutschen Handels erlauben. Wir werden solche Maßnahmen fordern. Das wird sicherlich ohne gezielte zu erzwingende eidesstattliche Erklärungen über die Auslandsguthaben und die Auslandsverbindlichkeiten nicht abgehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn die Gehaltsempfänger bis auf den letzten Pfennig zu den Steuern herangezogen werden, dann müssen auch Industrie, Handel und Landwirtschaft bis auf den letzten Pfennig ihrer Steuerpflicht Genüge tun. Insbesondere auch die Landwirtschaft! Das muß ausdrücklich gesagt werden, weil in den letzten Tagen in der der Landwirtschaft nahestehenden Presse versucht wird, zu beweisen, daß

die Landwirtschaft nicht in der Lage

sei, sich an der Zeichnung der Zwangsausleihe zu beteiligen. Der Übergang zur freien Wirtschaft wirkt ungedeure Riesengewinne der Landwirtschaft in den Schoß. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Große

102x20

Parteien dieses Hauses können gar keine rechte Vorstellung von der maßlosen Erbitterung zu haben, die in weitaus den Kreisen der Beamten, Arbeiter und Angestellten über die Ernährungspolitik vorhanden ist, für die wir uns nicht verantwortlich machen lassen, weil wir uns dagegen gewehrt haben. (Zurufe rechts.) Die Preise, die wir in Deutschland haben, sind nicht von der Entente befohlen worden, und die Gewinne, die die Landwirte durch den Uebergang zur freien Wirtschaft bekommen hat, gleichfalls nicht. Gewiss, die Entente zwingt uns, um deutsches Dumping auf den Weltmarkt zu vermeiden, die Preise für das Brot in die Höhe zu schrauben dadurch, daß die Zuschüsse des Reiches eingestellt werden, was zweifellos dahin führen soll, daß die Lebensmittelpreise Deutschlands zu Weltmarktpreisen werden. Aber

wer gibt dem Arbeiter Weltmarktlöhne, wenn dieser Begriff einmal erlaubt ist? Für ein Zehnmarkstück in Gold werden heute 300 R. bezahlt, und in Privatkreisen zählt man noch mehr. Wo sind die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die eine 39fache Erhöhung ihres Geldeinkommens zu verzeichnen haben? Gerade aus der schlichten Lebenshaltung heraus haben die breiten Massen das größte Interesse daran, daß unser Haushalt in Ordnung gebracht wird, weil das eine der Voraussetzungen für eine stabile Währung ist, die wir brauchen. Das war der Grund, warum meine Partei zusammen mit den anderen sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften die

Belastung der Sachwerte

zu ihrem Programmpunkte erhoben. Diese Forderung wird auch in liberalen Organen vertreten. Trotzdem hat sich für ihre Durchführung eine Mehrheit nicht, oder besser gesagt, noch nicht gebildet; denn wir sind der Überzeugung, daß die Entwicklung zwangsbedingt zu diesen Mitteln führen muß. Wir werden jedenfalls auf keine Propaganda niemals verzichten. Da wir aber dafür eine Mehrheit nicht finden konnten, waren wir gezwungen, einen Ersatz zu suchen. Das erforderte das Zutreten der Konferenz in Genoa, auf der und von der verlangt wird, daß wir die größten Anstrengungen machen, unseren Haushalt zu rangieren. Gerade weil die Konferenz bereits Anfang März tagen soll, war es nicht möglich, daß der Reichskanzler in dieser Frage den Appell an das Volk versuchte. (Sehr richtig! b. d. Soz. — Zurufe weiter links.) Herr Abg. Gelpien, ob Sie so sehr nach der Auflösung streben sollten, ist mir zum mindesten doch sehr zweifelhaft. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir schreiben uns keinen Sieg zu, sondern wir haben nur die Überzeugung, daß wir in den allerhöchsten Verhandlungen

Das Maximum für die Arbeiterklasse herausgeholt

haben, was in diesem Reichstag überhaupt herauszuholen war. Mit diesem Erfolg müssen wir uns zufrieden geben. Wir haben keinerlei Ursache, den Erfolg, den wir erzielt haben, zu vertilgen. Wir haben auch in die Erhöhung einiger Verbrauchssteuern und indirekter Steuern willigen müssen, infolge der Bestimmungen von Versailles. Das haben wir bei jeder Gelegenheit den deutschen Arbeitern gesagt. Ich begreife nicht, daß eine Partei, die links von uns steht, das vertritt. Wer hat denn zuerst verlangt, daß die Bestimmungen von Versailles unterzeichnet werden? Zu allererst die Unabhängigen. Sie behauptet ja heute noch, daß die Politik der Erfüllung die einzig mögliche ist; zu ihr — lesen Sie den Versailler Vertrag — gehört auch, daß gewisse Steuern dieselbe Höhe haben wie in den Ententeländern. Es ist gar kein Zweifel, daß mit Ihrem Programm von Leipzig die Politik der Erfüllung nicht getrieben werden kann, und daß es deshalb für die Außenpolitik, die Sie selbst zu verfechten behaupten, absolut unbrauchbar ist. Wenn wir uns Mühe geben haben, dieses Steuerkompromiß zustande zu bringen, so waren dafür

Gründe der Außenpolitik maßgebend.

Graf Westarp hat behauptet, daß die Zwangsanleihe ein Eingriff in die deutsche Substanz bedeute, und unsere ganze Politik am Ende darauf hinauslaufe, die deutsche Substanz in den Zustand auszuwerfen. Demgegenüber ist festzustellen, daß diese Zwangsanleihe benutzt werden soll zur Abdeckung von Sachleistungen, also zur Abdeckung von Verbindlichkeiten, die im Inneren erwachsen, und deshalb kann nicht die Rede davon sein, daß auf diesem Wege irgendwie deutsche Werte und Güter an das Ausland kämen. Graf Westarp hat diese Steuerpolitik dilettantisch genannt. Ich habe bessere Vorschläge bei ihm vollständig vernichtet und muß schon sagen, dilettantisch kann sie wohl nicht sein als die Finanzpolitik, die während des Krieges von seinen Freunden getrieben worden ist, und unter der wir heute noch so außerordentlich schwer leiden. Am liebsten wird zu den Steuervorlägen in der zweiten Beratung das nötige zu sagen sein. Es ist falsch, daß bei der Auflegung der Zwangsanleihe das Notopfer angerechnet wird; es kommt nur als

Veranlagungsmasse in Betracht, und zwar dies auch nur, um schnell fließendes Geld zu beschaffen.

Es ist kein Zweifel darüber, daß die Polnaree nahestehenden Kreise ihre alte Rheinpolitik weiterleben wollen und sich alle Mühe geben, das Saargebiet seines deutschen Charakters zu berauben. Diese Bemühungen werden an dem Widerstand der Rhein- und Saarbevölkerung scheitern. Wir müssen alles tun, damit die Vergütung für das Halten von Besatzungsheeren in Deutschland aufhört. Die Milliarden dafür könnten und müssen viel besser für eine Politik des Wiederaufbaues benutzt werden. Wir sehen die Gefahr eines Neuansehens nicht, weil wir wissen, daß diejenige Regierung in Deutschland, die versuchen wollte, einen Neuansehenskrieg zu provozieren, sofort den Bürgerkrieg im eigenen Lande hätte. Wenn ein wirklicher Frieden geschaffen werden soll, dann muß auf der anderen Seite auch alles beiseite gestellt werden,

was den Haß immer wieder entzündet.

Dazu rechnen wir auch die Frage der Bestrafung der Kriegsverbrecher. Wir hoffen, daß die Entscheidung des Obersten Rates dahin führt, daß endlich diese Angelegenheit weggeräumt wird, daß sie nicht mehr zur Vergiftung der europäischen Atmosphäre benutzt werden kann. Wir sind ganz damit einverstanden, daß der Reichskanzler eine große Offenheit gegen die sogenannte Weltliga der Deutschen Schutz nicht unternehmen hat. Wir haben niemals die Meinung Deutschlands am Weltkrieg behauptet. Hoffen wir, daß die Erwartungen, die die Völker Europas auf die Konferenz von Genoa setzen, sich erfüllen. Wir sind überzeugt, daß die Völker, wenn sie alle auf einmal in den Ländern Europas an die Wahlurnen gerufen würden, wirkliche Friedensparlamente wählen. Die Völker wollen den Frieden. Es ist Zeit, daß diesem Willen Rechnung getragen wird. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Maerz (Str.): Die Politik Wirts war allein richtig. Eine Einigung in der Steuerfrage war notwendig, um die notwendigen 100 Milliarden an Steuern aufzubringen. Am nächsten Sonntag treten die Vertreter der Landwirtschaft zusammen, um die Frage des Anteils der Landwirtschaft an der Steuerlast zu regeln. Man spricht von 20 Milliarden.

Abg. Dr. Breilsch (N. Soz.): Die Schwankung der englischen Politik ist eine Folge der Arbeitslosigkeit. Auch in Frankreich bahnt sich ein Umschwung trotz Poincaré ein. Der

Bloc national hat nicht mehr die Volksmehrheit

hinter sich. Die Politik der letzten Stunde, die in Deutschland immer wieder geübt wird, führte im Steuerkompromiß zu Dilettantismus und Unklarheit. Es wurde dem weithin sichtbaren Opfer des Besiegers gesprochen. Wir wollen kein Opfer. Wir wollen Gerechtigkeit, wir wollen, daß die Besiegten ihre Pflicht erfüllen. Für den Krieg sind die Besiegten verantwortlich. Vor dem Eingriff in die Substanz der Arbeitskraft sprachte man nicht zurück. Der Temps wies vor einigen Tagen darauf hin, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter in Deutschland ein Leben von Sklaven führten, während sich der Besitz dem Zugriff des Staates entziele. Die Zwangsanleihe ist erlaubt mit großen Zugeständnissen an die Besiegten. Die Deckung reicht bei alledem nicht einmal für 1922. Alles in allem: Es ist nicht einmal ein halber Erfolg und dennoch sind um seinetwillen die Sozialdemokraten auf die andere Seite hinübergegangen. Wir halten nach wie vor an dem Finanzprogramm der Gewerkschaften fest. Das Stimmblatt „Die Zeit“ ist mit dem Kompromiß zufrieden. Sie geht, es hätte viel schlimmer kommen können. Die Unabhängigen sind erst zu den Verhandlungen hinzugezogen worden, als das Kompromiß beinahe fertig war. Der Reichskanzler steht jetzt nicht auf Seiten der Arbeiterschaft gegen die Bourgeoisie, er hat eine Wendung nach rechts gemacht. Heute sieht die Sozialdemokratie Verlobung mit der Deutschen Volkspartei. Die Heirat kommt später. Bald kommt die Hochzeitsreise nach Genoa. (Heiterkeit.)

Abg. Becker-Hessen (D. Sp.): Wir danken dem Reichskanzler, daß er für die sagen. Kriegsverbrecher und für die Objektivität des Reichsgerichts eingetreten ist. Wir haben aber die Zurückweisung aller Angriffe Poincarés und anderer französischer Stellen vernimmt. Es würde nichts schaden, wenn die Regierung ein wenig mehr Kriegsschuldpropaganda triebe. Auch der Deutschnationalen Hugenberg ist für eine Zwangsanleihe eingetreten. Eine Zwangsanleihe ist auch nur eine Anleihe. Sie ist jedoch besser verteilt, als eine freiwillige; denn sie richtet sich nach der Höhe des Vermögens. Auch sie wird bis zu einem gewissen Grad die Inflation vermindern; denn wir müssen sie lombardieren lassen. Wir haben unsere Zustimmung an die Bedingung geknüpft, daß uns persönliche und sachliche Gewähr für die richtige Verwendung der Reichseinnahmen und für eine Gesundung der Reichswirtschaft, insbesondere der Betriebsverwaltung, gegeben wird.

Abg. Peterfen (Dem.): Auch wir verlangen nachdrücklich die Sanierung der Reichsbetriebe. Gegen Beamte, die zum Streit gehen, muß rücksichtslos vorgegangen werden.

Abg. Lecht (Bayer. Sp.): Das Kompromiß ist kein Ideal, es legt allen Teilen Opfer auf.

Abg. Dr. Leol (Komm. N. S.): Wenn Deutschland in aufrichtigem Einvernehmen mit Sowjetrussland händeln würde, es ist nicht Objekt der Ententepolitik. Wir müssen im eigenen Interesse und zur Wahrung unseres politischen Prestiges

die Kriegsverbrecher mit eigenen Mitteln bestrafen.

Niemand glaubt in der Welt, daß Deutschland 132 Goldmilliarden zahlen kann, aber jeder ist der Überzeugung, daß wir mehr als eine Goldmilliarde zahlen können. Gerade diejenigen Parteien haben die Not des Mittelstandes als Firmenschild vor sich aufgebaut, die sich vor Kosten und Ausgaben drücken wollen. Die deutsche Landwirtschaft und Großindustrie ist wohl leistungsfähig.

Abg. Roenen (Komm.): Die Not wird infolge des Steuerkompromisses aufs höchste steigen. Die Gut des Volkes wird sich gegen die Sozialdemokraten in erster Linie richten. Die Unabhängigen sind stille Teilhaber der Regierung und der Erfüllungspolitik. Wo sind denn die unabhängigen Aktionen? Schwäche, dein Name ist Weisheit. (Heiterkeit.)

Abg. Hergt (Dnat.) gibt eine Erklärung ab, in der er behauptet, die Regierung habe eingesehen, daß die Erfüllungspolitik zusammengebrochen sei, aber behaupte, daß von ihr daraus nicht die nötigen Folgerungen gezogen werden, die Regierung vielmehr auch heute noch versuche, das Unmögliche möglich zu machen. Ein solcher Versuch sei die Zwangsanleihe. Auch wir sind bereit, weitgehende Opfer zu bringen. In der Zwangsanleihe sehen wir aber den Beginn einer Zwangsverwirklichung in das nationale Produktionsvermögen. Die Belastung des Reichskanzlers, der Schuldfrage entgegenzutreten. Ich bezeichne für den Geist der gegenwärtigen Reichsregierung. Wir misbilligen ihre Politik und lehnen jede Verantwortung für ihre Folgen ab. (Ironisches Bravo! bei der Mehrheit.) Die Kommunisten beantragen folgendes

Mißtrauensvotum:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Erklärung der Reichsregierung entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages.

Abg. Hergt (Dnat. Sp.): Durch unsere Erklärung betrachten wir die Angelegenheit des Mißtrauens oder Vertrauens für endgültig erledigt. Den kommunistischen Antrag lehnen wir ab.

Abg. Becker-Hessen (D. Sp.): Wir haben keine Verantwortung, durch Annahme oder Ablehnung des kommunistischen Antrags mehr Klarheit zu schaffen, als meine Rede über unsere Stellung gebracht hat.

Abg. Lebebour (N. Soz.) erhebt Einspruch gegen die Abstimmung über den kommunistischen Antrag, weil die Frist zu seiner Einbringung nicht eingehalten wurde.

Abg. Hoffmann (K. O.): Wir hätten unseren Antrag nicht eingebracht, wenn die Kompromißparteien den Mut gehabt hätten, selber ein Vertrauensvotum einzubringen.

Präsident Lohse bittet, den Widerspruch gegen die Abstimmung zurückzuführen, da traditionell bei der Einbringung eines Mißtrauensvotums am Schluß der Debatte nicht innegehalten werden braucht. Gegen die Stimmen der Unabhängigen wird beschlossen, über das Mißtrauensvotum abzustimmen.

Abg. Lebebour (N. Soz.) erklärt für seine Fraktion, daß sie an der Abstimmung nicht teilnehmen werde. (Heiterkeit bei der Mehrheit.)

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird das Mißtrauensvotum abgelehnt. Die Deutschnationalen hatten schon vorher den Saal verlassen.

Entscheidend 12 Uhr: Fortsetzung der Wagenmangeldebatte, keine Vorlesung.

Schluß nach 3 Uhr.

Englische Zufriedenheit.

London, 27. Januar. (CP.) „Daily Chronicle“ schreibt: Die deutsche Antwort wird heute oder morgen der Reparationskommission übermittelt werden. Drei glänzende Ergebnisse können verzeichnet werden: 1. Die Antwort wird zur vorgeschriebenen Zeit eingelaufen sein. 2. Sie wird für die Ältesten befriedigend sein. 3. Die Stellung des Kabinetts Wirth ist verklärt, anstatt geschwächt worden. Wir können uns also beglückwünschen, aber wir dürfen nicht vergessen, daß von deutscher Seite die größten Enttarnungen gemacht worden sind, wird sie in nächster Zeit nicht mehr wiederholt werden können.

durfte, war alles fertig. Ich bezog natürlich den zwölften Stock, um möglichst viel von dem neuen Fahrstuhl zu haben. Und es fuhr sich auch herrlich darin. Man konnte ruhig vergessen, einmal auszu steigen. Man fuhr eben auf der anderen Seite wieder hinab. Immer rund herum. Auf und ab. Natürlich wurde der Fahrstuhl bald Tagesgespräch und Sehenswürdigkeit von Stimpfelingen. Erst fanden sie nur schau davor und sahen sich das Ding an. Dann ver suchten es einige Mutige mit einer Probefahrt. Schließlich gab es unter den zwölftausend/tausendhundert Stimpfelingen Bürgern keinen mehr, der nicht nach einer Spazierfahrt in meinem Fahrstuhl Verlangen trug. Sämtliche Rabinen waren stets überfüllt. Wollte ich meine Wohnung erreichen oder verlassen, mußte ich die Treppe benutzen, so daß ich bald wieder in den ersten Stock zu. Inzwischen wurde mein Fahrstuhl weiter berühmt. Er bekam im Hädeler einen Stern. Ja, es kam sogar soweit, daß sich allerhand Leute in ihm anstellten. Hiligende Händler, stellenlose Hebammen, obdachlose Regierungsräte und ausgebrochene Zucht häuser wohnten in den Rabinen und fuhrten unablässig auf und ab. Jahrelang. Ein wahrhaftiger Professor hatte sich sogar eine Rabine als Stummgelle ausstaten lassen.

Ich war am Ende meiner Langmut. Ich depechierte an Herrn v. Briehelwig. Er kam. Während ich erpöpte ich ihn vor den Fahrstuhl, damit er mir zeige, wie man die Maschine zum Stehen bringe. Mit verbindlichem Nicken wies er auf einen kleinen Hebel, mit dem man den Fahrstuhl anhalten oder beliebig schneller fahren lassen konnte. Gerade fuhr der wahrhaftige Professor vorüber und streckte uns die Zunge heraus. Mit schnellem Entschluß packte ich den stehenden Briehelwig am Argen und schleuderte ihn in die Rabine. Dann stellte ich den Hebel auf die schnellste Fahrt ein, und sofort rollten die Rabinen mit D-Zuggeschwindigkeit an mir vorüber.

Zehn Jahre ließ ich sie so rollen. In stillen Sommernächten konnte man das Wehgeschrei der Eingeschlossenen hören. Dann hielt ich die Maschine an und ließ den Fahrstuhlfahrenden heraus. Die anderen waren inzwischen gestorben. Ich entließ meinen Gefangenen unter der Bedingung, daß er nie wieder einen Paternoster-Fahrstuhl baue. Er versprach es mir.

Nach drei Tagen war er wieder da. Trank wieder drei Flaschen Saugentparates vor. Eine grobartige, höchst moderne Erfindung. Kein Staub, kein Müllkosten. Ich wartete ruhig, bis er mit seinen Anweisungen zu Ende war. Dann zog ich schweigend meinen Revolver und schoß ihn nieder. Anderen Tags ließ ich ihn durch ein erstklassiges Bestattungsinstitut einäschern. Denn ich liebe und ehre meinen Nächsten auch im Feinde.

Hoffentlich habe ich nun Ruhe!!!

Der wandernde Ofen. Das Thermometer zeigt 17 Grad Celsius. Man friert dementsprechend. Trauquiler, die sonst nur Neumurr schwärzten, schwören plötzlich auf Celsius, weil nach seiner Lehre die Kälte noch um ein paar Grade tiefer liegt. Sie brücken sich, sozusagen, in Thermometer-Obel-Luluts aus. Davon wird ihnen freilich nicht wärmer. Dafür sorgt in den eiswinddurchhauchten Straßen ein andiger Kopf, dem das kaufmännische Gehirn bei aller Kälte nicht eingefroren ist. Dieser Wärmepelikan, der sich die Kältekonjunktur zunutze macht, verkauft Kalorien. In der südlichen

Friedrichstadt hat er sich niedergelassen. Buchstäblich auf der Straße häuslich niedergelassen. Dort hat er ein eisernes Ofen ausgestellt, in dem ein Holzfeuer verbrät und allem Frost trotzend unermüdlich prasselt. Wenn die Leute, die Ohren mit beiden Händen schützend, rotmäsig und mit starren Füßen an ihm vorbeistehen, dann sieht er lächelnd an, toucht seine unbehändelten Finger in den blauen Rauch, der über seinem Feuerchen zittert, und markiert Hochsommer, mit ein paar lockenden Worten läßt er die Leute ein, sich seines Wulfs zu bedienen. Und er findet für das armselige Ofen die zärtlichsten Liebkosungen: „Hier noch der ewige Frühling, hier noch der transportable Bezug, immer ran, meine Herrschaften! Einmal wärmen eine Mark!“ Die Frierenden lassen sich nicht zweimal bitten und kaufen, halb zum Scherz, halb in der Erwartung, den Winter zu überwinden, für eine Mark Wärme. Sie halten zwei, drei Minuten die frostblauen Hände über das Feuerchen, das Beispiel macht Schule, schließlich steht eine ganze Kette Wärmepelikaner. Und wie das so ist, ein Wort gibt das andere, mit einmalm läßt der fliegende Wärmehändler eine Schnapspuste und läßt die Kundenschaft ein, auch innerlich dem Frost beizukommen. Das Glaschen kostet drei Mark. Auch Wirtshaus dienen der Wärmeförderung und Zigaretten, die so herrlich glühen. Der Laden wird gekümmert, das Geschäft blüht, und nach einer Stunde packt der Frostopelikan seinen Bezug und wandert mit dem ewigen Frühling eine Straße weiter. Erstens weil die grüne Polizei kommt, und zweitens weil er ein Menschenfreund ist und gern allen Frierenden das Wohl seines fliegenden Ofens gönnt.

Giosanni Verga, der bekannte italienische Romantist, ist gestern im Alter von 81 Jahren gestorben. Er gehörte zur literarischen Gruppe der Naturalisten (in Italien „Veristen“ genannt) und suchte seine Stoffe mit Verliebe in den Kreisen der sizilianischen Bevölkerung, deren Lebensgewohnheiten und Lebensanschauungen er mit großer Treue, Kraft und Lebendigkeit zu schildern wußte. Von seinen zahlreichen Romanen und Romanen, die auch zum Teil ins Deutsche übertragen sind, ist die „Cavalleria rusticana“ (Sizilianische Bauernrevue) am bekanntesten geworden, da sie in einer Bearbeitung von Targioni-Tozzetti und Masci das Libretto für die vollständige Oper Puccini bildete.

Die Schnur nach Wilhelms Schlaf-Innen. In der gestrigen Nummer des „Deutschen Abendblattes“ schilfert eine Dulce von Luce in ergreifenden Worten einen Besuch des im Berliner Schloß untergebrachten Kunstgewerbemuseums. Sie hatte irrtilmlich erwähnt, daß „geheim Schnur manchen hergeföhrt“ käte, und daß, mit verhaltenem Atem, zurücklaufend in 333 Zeiten, die Massen durch diese Räume wälzen, verkommen von sich blüden und erschauernd sich predigen lassen von vorrangener Größe und Macht. Aber „Nächern und Schwärzen bringt an das Ohr, durch all die erlesene Procht flüht der Menschenstrom in geschäftiger Eile, neugierig fahren die Bazen umher, gaffen und suchen, und die allerwenigsten ahnen, wach gewaltiges Trauerspiel an ihnen vorüberzieht. Nur mancher der alten Kusther folgte mit grimmigem Blick den aufdringlichen Götzen. — In der Gedulganerle sah zwei deutsche Frauen — sie sprachen wenigstens Deutsch — und verzehrten ein aufdringlich duftendes Schmalzbrod nach dem andern, und sie waren gar böse, daß für die eine Mark Eintritts-

Der Fahrstuhl.

Von Ernst Grau.

Ich hätte mir die Sache besser überlegen sollen. Vielleicht hätte ich mir dann doch lieber einen Klentopp gekauft. Oder eine Rotunde. Oder einen Grammophon. So aber nahm ich mein Geld, ging hin und kaufte ein Haus. In Stimpfelingen.

Es war ein schönes, großes Haus. Das schönste und größte in ganz Stimpfelingen; dazu das einzige, das Wasserlosetts mit Rust und Warmwasserversorgung hatte. Außerdem war es zwölf Stockwerke hoch, und in jedem Stockwerke wohnten zwei Familien.

Meine schriftstellerische Tätigkeit hing ich an den Nagel, um ganz meinen Pflichten als Hausvater zu leben. Himmel, was hat man da nicht alles zu tun! Da kniete ein Schornstein ein, da explodierte ein Kachherd, brach ein Schornstein ab. Und dann der Pförner! Jeden Tag hatte ich einen neuen. Der eine streute das Glattels nicht, und schon brachen sich drei Leute das Genick. Der andere heigte wieder so hart, daß sich ein Kranienvogel die Füße an den Köhren verbrannte. Aber die Sache war mir neu, machte mir also Spaß.

Eines Tages war ich gerade dabei, den eingestürzten Dachstuhl meines Hauses auszurichten, als mich ein Reisender besuchte. v. Briehelwig, stellte er sich vor. Sagte, er freute sich kolossal, einem so berühmten Dichter gegenüberzustehen und trank mir dabei drei Flaschen Nautentaler aus. Das imponierte mir. Dann bewies er mir, daß ich mein Haus unbedingt mit einem Paternoster-Fahrstuhl ausstatten müsse. Es wäre dies ein Fahrstuhl, der aus mehreren Rabinen bestünde, die ständig über eine große Kette liefen, so daß man nach Belieben ein- und aussteigen könne. Das imponierte mir wieder. Natürlich wollte ich mir nicht anmerken lassen, daß ich erst seit drei Tagen Hausbesitzer war. Ich erklärte ihm also, daß ich vollkommen seiner Meinung sei. Einen solchen Fahrstuhl hätte ich mir schon lange gewünscht, und er solle nur recht bald mit dem Bau beginnen.

Und der Bau begann.

Zuerst mußten auf der einen Seite des Hauses zwölf Familien aussiedeln, damit Raum für den Fahrstuhl geschaffen werden konnte. Jedem Mieter mußte ich eine Umzugvergütung von tausend Mark zahlen. Sodann wurden ganze Eisenbahnzüge mit Holz- und Eisen teilen, Werkzeugen, Flaschenzügen und dergleichen vor meinem Hause abgeladen. Ein Heer von fünf Ingenieuren, zehn Werkmeistern, zweihundertsechshundert Arbeitern und einem Beurling erschien und wurde auf meine Kosten in der Stadt einquartiert.

Nun begann in meinem Hause eine rasende Tätigkeit, die gar nicht näher zu beschreiben ist. Wände und Decken wurden eingerissen und lauten mit unheimlichem Krachen in die Tiefe. Riesenhafte Krähne wurden in schwindelnder Höhe aufgebaut. Tag und Nacht war alles in eine weiße Staubwolke gehüllt, aus der Ziegelsteine, Spundstücke und Fensterleihen wahllos herniederfielen. Alle Welt war entzückt von dem herrlichen Getöse. Ein Kommerziant, der mir gegenüberwohnte, wurde sogar verrückt. Er kniete aus seinem Bettladen einen Estrich, hing ihn zum Balken hinunter und rutschte unablässig davon auf und ab. Er spielte Fahrstuhl.

Ich zog mit meinen letzten Mietern ebenfalls aus. —
Wo ich nach fünfzehn Jahren in mein Haus zurückkehren

Preussische Etatsdebatte.

Kommunistische Betetelei bei Unternehmern.

Im Preussischen Landtag ging Freitag die Etatsdebatte zu Ende. Der zweite Debatte-Tag, an dem erfahrungsgemäß das Interesse abflaut, erhielt zu Anfang eine kräftige Belebung dadurch, daß der Innenminister Genosse Severing das Wort ergriff, um Angriffe auf die Regierung und sein Ressort zurückzuweisen und Anfragen zu beantworten. Zu der Beschwerde über den Regierungspräsidenten von Marienwerder, Graf Baudissin, der den rebellierenden Landrat v. Versen unterstützt hat, erklärte Genosse Severing, daß die Regierung erst den Eingang des Urteils gegen v. Versen abwarten müsse. Ohne genügende Unterlagen könne die Regierung nicht entscheiden. Doch werde sie prinzipiell nicht dulden, daß auffällige Beamte durch ihre Vorgesetzten ermutigt werden. Den deutschnationalen Vordredner vom Donnerstag, Abg. Wallstraff, der sich über starken Ministerverstoß beschwert hatte, führte Genosse Severing treffend ab, indem er ihn als lebendes Beispiel für den starken Ministerverbrauch des alten Systems zitierte. Denn Wallstraff hat es selber unter dem alten System nicht einmal zu einjähriger Amtstätigkeit als Staatssekretär gebracht. Gegen die deutschnationalen Opposition fand Genosse Severing überhaupt manches treffende Wort. Gegenüber ihrer unheimlichen Beschuldigung, daß die heutige Regierung unter dem Druck der Beamtenverbände stehe, erinnerte Genosse Severing daran, in welcher Abhängigkeit das alte System von den wirtschaftlichen Verbänden der Großagrarien und Großindustriellen gestanden hat. Wenn die Deutschnationalen die Beringerung des Beamtenapparates wünschen, dann mögen sie die Einzelressorts weniger mit ihren sinnlosen kleinen Anfragen überhäufen. Hier machte ein Deutschnationaler den Zwischenruf: „Das geschieht aus Opposition“, was schallende Heiterkeit hervorrief. In seiner weiteren Rede wies Genosse Severing sehr energisch die Angriffe der Rechtspresse gegen die Schutzpolizei zurück. Von einer Untergrabung der Disziplin kann nicht die Rede sein, sie ist heute so gut wie nie zuvor. Nur dort wird sie erschüttert, wo Offiziere verkennen, daß die Zeit des Rekrutendrills endgültig vorbei ist. Gegen Offiziere, die ihre Untergebenen vor versammelter Mannschaft mit Schimpfwörtern besagen, wird rücksichtslos eingeschritten. Der Minister ging schließlich noch auf die Angliederungsfragen ein und beendete seine Ausführungen mit dem Grundsatze, daß ein starkes, freies, friedliebendes Preußen in einem starken Reich sich entwickeln möge.

Der Rede Severings folgte lebhafter Beifall. Doch glaubte der Volksparteiler Wiemer, der wieder einmal aus der Rechten Bruckton ein 27. Januar — dem Minister sagen zu müssen, daß einige Sätze seiner Rede im Interesse der Koalition „mindestens entbehrlich“ gewesen seien. Ihm erwiderte Genosse Krüger, der als zweiter Redner der Sozialdemokratie darauf zu Wort kam, daß es im Wesen der Koalition liege, daß alle beteiligten Parteien innerhalb derselben nur einen Teil ihrer Wünsche befriedigen könnten. Wenn die Sozialdemokratie ihr Beschwerderegister aufstellen wollte, würde es wahrscheinlich noch länger werden als das des Herrn Wiemer. Die Sozialdemokratie ist frei von der Illusion, in der Koalition rein sozialistische Politik treiben zu können. Aber durch ihre Teilnahme an der Koalition verhindert sie eine antisozialistische Politik, und die Unabhängigen, so sehr sie gegen die Koalition wettern, sind im Grunde heilfroh darüber. Der kommunistische Redner Koch hatte am Donnerstag in der den Kommunisten eigenen schönen Sprache der Sozialdemokratie vorgeworfen, von den „Brosamen Stinnes“ zu leben. Ihm entgegnete Genosse Krüger, daß die Kommunisten Unternehmerdrosamen

geld ihnen die Schlafzimmern des Kaisers vorenthalten geblieben. Doch dann holten sie wieder eine neue Stufe aus der unerschöpflichen Tische und ließen sich gut schmecken — hohi neben der Ausgangstür zu dem großen Balkon, an dem einst am 31. Juli 1914 Wilhelm II. zu seinem Volk gesprochen: „Geht in die Kirchen und betet.“ — Engländer und Franzosen aber, die in großer Zahl unter den Besuchern, sahen bedeutsam auf diese Frauen. Sind das die Mütter des neuen Deutschlands?

Rein, liebe Vaise! Diese Frauen, die inmitten der Schöne unseres Kunstgemedemuseums nur Sehnsucht nach Wilhelms Schlafzimmern empfinden, sind Mütter des alten Deutschlands, jenes Deutschlands, das die Stürme der Revolution glücklicherweise hinwegjagt haben und das Leute ihres Schloßes aus dem Reichshausen der Weltgeschichte wieder herauszulassen vergeblich sich bemühen.

Hygienereform in Belgien. Belgien, das auf dem Gebiet der Hygiene bisher sehr im Rückstand war, leidet jetzt großzügige Maßnahmen ein, um der allgemeinen Epidemiefähigkeit der Jugend und der Zunahme der Kindersterblichkeit entgegenzuwirken. Wie Eisenhardt in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet, soll in jeder belgischen Gemeinde von mehr als 5000 Einwohnern ein Desinfektionsdienst, ein Brausebad sowie eine Fürsorgestelle für Tuberkulose eingerichtet werden. Handelt es sich um einen Industriort, so wird der Fürsorgestelle eine Rettungsthe angegliedert, die sich der Epidemiedämpfung widmet. In Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern treten noch Laboratorien für Untersuchungsgegenstände hinzu. Eine Zentralkasse für soziale Hygiene, die eine Mutterkassette werden soll, wird in Brüssel eröffnet werden.

Was bedeutet der Name „Pantje“? Das große englische Wörterbuch, das seit einer Reihe von Jahren von der Universtität Oxford bearbeitet wird, ist nun mit dem 10. Band vollendet worden. Unter den interessantesten etymologischen Bedeutungen des letzten Bandes sei die Bezeichnung „Pantje“ für den Amerikaner erwähnt. Des Wort soll aus einer Diminutivform des holländischen Vornamen Jan, Janke, entstanden sein und bedeutet also eigentlich „Johannchen“. „Janke“ war in den frühesten Zeiten der Besiedelung von Nordamerika ein Spitzname für den holländischen Kolonisten. Ein berühmter nordamerikanischer Pirat des 17. Jahrhunderts wurde der „holländische Pantje“ genannt, und von den holländischen Siedlern ist dann die Bezeichnung auf den Nordamerikaner überhaupt übergegangen. Der Pantje-Doodle, die amerikanische Nationalhymne, ist ursprünglich eine Verherrlichung der Kolonialtruppe. Des Spottlied wurde 1785 von einem Offizier des Nordamerikanischen Aus dem Buchstaben Z sei erwähnt, daß die obeluzierende Bezeichnung „Zoo“ für zoologischen Garten, die sich auch bei uns einbürgert hat, zum erstenmal bei Macquon erscheint, und daß in dem englischen Wörterbuch viele deutsche Bezeichnungen als Lehnwörter aufgenommen sind, z. B. „Zeitgeist“ und „Zeitpelle“.

Im Theater am Lustigherdamm findet heute 24. Uhr eine einwöchige Vorstellung des Lustspiels „Hemina“ in holländischer Sprache statt; in den Hauptrollen: Adele Sandrod, Walpde Engers, Emil Winaer und Wida Allen.
Der Bund für Schul-Rückstellungen E. B. veranstaltet am 29. d. m. 11 Uhr, G. d. 16. eine Ausstellung.

nicht zu verschmähen scheinen und las folgendes Rundschreiben vor, dessen wörtliche Wiedergabe angezeigt sein dürfte:

Vereinigte Kommunistische Partei,
Unterbezirk Hagen.
(Wahlkreise Hagen, Schwelm, Mitten, Heseloh, Aidenfeld).
Parteiabteilung: Hagen, Langestr. 14b, Fernruf Nr. 3531.
Hagen, den 24. September 1921.

Sehr geehrte Firma!
Wie Ihnen ja wohl bekannt, befindet sich ein großer Teil der russischen Bevölkerung in sehr großer Not. Naturereignisse (anhaltende Dürre) haben eine Misere in Rußland hervorgerufen, die zur katastrophalen Hungersnot in Sowjetrußland führte. Der Hunger in Rußland geht an alle Welt, an alle, die noch einen Funken Menschenliebe im Herzen haben.

Wir erlauben uns, auch bei Ihnen um ein Scherlein zu bitten in der Erwartung, daß Sie gern und reichlich geben, zumal Ihre Firma ja mit Aufträgen von Rußland bedacht worden ist. Ohne an die Öffentlichkeit zu treten, dürfen Sie doch versichert sein, daß auch die Vertreter der kommunistischen Partei Deutschlands bei diesen Lieferungen Ihre Hilfe, aber um so wirksamere Hilfe der Industrie, speziell unseres engeren Gebietes angeheben ließ und auch weiterhin all Ihre Bemühungen darauf richtet, daß die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und uns immer enger und enger verknüpft werden.

In der Hoffnung, daß auch Sie eine Spende dem russischen Hilfskomitee, Langestr. 14b, zukommen lassen, verbleibe
Mit aller Hochachtung
A. K. Gustav Schneider, Landtagsabgeordneter.

Also gegen das Versprechen russischer Aufträge bettelt die SPD. die Industrie an. Die von dem Zentralvorstand des Ried dekretierte „revolutionäre Befreiungsaktion“ durch Sammeln alter Briefmarken scheint danach durch Sammlungen bei Firmen wirksam ergänzt zu werden. In solchem Zusammenhang erkennen die Kommunisten den Unternehmern sogar Menschenliebe zu. Die Verlesung dieses Zirkulars machte die sonst so lauten kommunistischen Zwischenrufer total verstummen.

Der weitere Verlauf der Debatte brachte noch eine interessante Auseinandersetzung zwischen Deutschnationalen und Zentrum, die von Zentrumsseite durch den Abgeordneten Gauscher mit rednerischem Geschick geführt wurde. Der Unabhängige Kleinspahn trug noch einmal die bekannten Argumente der Unabhängigen gegen die Koalitionspolitik vor, der Kommunist Schnetter kam aus dem üblichen kommunistischen Phrasendreck nicht heraus.

Das Haus trat dann noch in die Beratung des Grundgesetzergesetzes ein, das der Finanzminister Dr. v. Richter begründete. Die Aussprache über dieses Gesetz wird am Sonnabend um 11 Uhr beginnen.

Sozialistische Mehrheit in Braunschweig.

Die Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses in Braunschweig hat folgende Endzahlen ergeben:

Mehrheitssozialdem.	52 640	Landeswahlverband	101 004
Unabhängige	73 404	Demokraten	28 440
Kommunisten	10 518		
Zusammen	136 562	Zusammen	129 450

Die Verteilung der Mandate ergibt sich aus diesem Wahlergebnis wie folgt:

Mehrheitssozialdem.	12	Landeswahlverband	23
Unabhängige	17	Demokraten	6
Kommunisten	2		
Zusammen	31	Zusammen	29

Damit ist die Köstlichkeit, im besonderen des Landeswahlverbandes Braunschweig in reaktionäres Fahrwasser zu lenken, fürs erste mißlungen.

Französische Journalisten im Reichstag.

Seit Donnerstag herrscht in den Kreisen der französischen Journalisten in Berlin lebhaftes Entrüsten, weil man einigen von ihnen die Zutrittskarte zur Pressetribüne des Reichstages für das Jahr 1922 nicht hat erneuern wollen. Das „Echo de Paris“ veröffentlichte bereits gestern ein entrüstetes Telegramm seines Berliner Korrespondenten, der aus dieser Maßnahme gern einen neuen deutsch-französischen Konflikt konstruieren möchte. Diese Entrüstung steht den französischen nationalen Blättern schlecht an. Der Reichstagspräsident Genosse Paul Lööbe, an den wir uns mit der Bitte um Aufklärung des Vorfalls wandten, gab uns folgende Auskunft:

„Abgesehen für die Erstellung bzw. Verweigerung von Zutrittskarten für die ausländischen Journalisten waren vor allem räumliche Gründe. Es lagen seitens des Vereins der ausländischen Journalisten nicht weniger als 135 Gesuche vor, d. h. allein für ausländische Berichterstatter mehr Gesuche, als es überhaupt Sitze auf der ganzen Pressetribüne gibt. Es sind mir von den verschiedenen Seiten Klagen darüber zu Ohren gekommen, daß sich mit der Zeit auf der Journalistentribüne ganz unerträgliche Zustände entwickelt haben, die für einen großen Teil auch der inländischen Berichterstatter jede Arbeitsmöglichkeit ausschließen. Vertreter größerer Provinzialblätter, die seit Jahrzehnten einen festen Sitzplatz innehaben, haben diesen im letzten Jahr durch ausländische Journalisten besetzt, die lediglich zu den wichtigsten Sitzungen kommen, sonst aber monatelang nicht zu sehen sind. Es mußte also zu einer Beschränkung der Karten für die ausländischen Berichterstatter geschritten werden, wie überhaupt eine knappe Kontingenztierung auch bei den inländischen Zeitungen vorgenommen wird. Die Liste der zu gewährenden Karten wurde auf Grund einer Zufstellung ausgewählt, die vom Verein der ausländischen Journalisten eingegangen war. Ausschlaggebend war dabei besonders die Wichtigkeit der in Betracht kommenden Blätter und die Anciennität ihrer Vertretung in Berlin. Auf diese Art haben wir versucht, die unvermeidlichen Härten auf das Mindestmaß einzuschränken.“

„Am übrigen“ schloß der Reichstagspräsident, „sind Beschwerden am wenigsten solchen Herren an, die selber — wenn ich recht unterrichtet bin — keine Reklame zeigen, die Art der Behandlung, die sie für sich beanspruchen, auch ihren deutschen Kollegen in Paris angebeihen zu lassen.“

Für Pöhner reicht nicht aus!

München, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Strafverfolgung des ehemaligen Polizeipräsidenten Pöhner wegen Waffenschlebung nach Ungarn wurde im Landtage vom Minister des Innern abgelehnt, da das vorliegende Material nicht genüge und erst von neuem Anzeigener erstattet werden müsse, um der Sache auf den Grund zu gehen. — Das Material müßte sehr schwer sein, wenn es einen Pöhner auf der Gerechtigkeitswaage herunterziehen sollte.

Russisch-deutsches Milliardenabkommen.

Ragnisberg, 27. Januar. (M.D.) Laut „Pravda“ ist zwischen der Deutschen Osteuropäischen Kreditbank und der Sowjetregierung ein Abkommen getroffen worden, wonach die Sowjetregierung sich verpflichtet, in Deutschland Lokomotoen, Maschinen, landwirtschaftliche Gerätschaften usw. im Werte von 4 Milliarden Mark zu bestellen. Von dieser Summe soll ein Siebtel bar in Gold sofort, drei Siebtel sollen im Juli 1924 und der Rest in Renteform auf Gruben und Wälder in den Provinzen Wologda und Wjatts bezahlt werden.

Losowskys Heucheleien.

Wir haben unsere Leser — zuletzt in der Nr. 35 des „Vorwärts“ — fortlaufend über die Auseinandersetzung zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) und Herrn Losowsky (Moskau) über die Frage der Einberufung einer Einheitskonferenz der französischen Gewerkschaftsbewegung unterrichtet. Der Internationale Gewerkschaftsbund machte die Teilnahme an solch einer Konferenz abhängig von der Erfüllung der Bedingung, daß die französischen Arbeiter den von ihr einberufenen Spaltungskongreß vertagt. Auf diese Bedingung gingen die Moskauer Einheitsapostel nicht ein. Sie hielten den Kongreß ab. Sie wollten

erst spalten und dann „einigen“.

Der Gewerkschaftsbund Amsterdam telegraphierte auf Grund dieser Tatsache am 30. Dezember 1921 u. a.: „Nachdem Sie und Ihre Freunde die Einheit gebrochen haben, besteht kein Grund mehr zur Abhaltung einer Konferenz“. Herr Losowsky, der „schon“ seit 1917 — als es nicht mehr gefährlich war — organisiert und heute der „Führer“ der russischen Gewerkschaftsinternationale ist, hatte den Rat, am 14. Januar folgendes Antworttelegramm nach Amsterdam zu senden:

„Wir haben Ihr zweites Telegramm erhalten. Weigerung der Teilnahme an internationaler Konferenz in Verfolg des Einheitskongresses beweist nur eins: die Amsterdamer Internationale will die Einigkeit nicht und fürchtet sie.“

Wir unsererseits glauben, daß gerade jetzt auf Grundlage der vom Einheitskongreß gefaßten Beschlüsse eine Einigung in Frankreich möglich ist.

Auf dieses Telegramm hat der Internationale Gewerkschaftsbund am 23. Januar 1922 folgende Entgegnung abgegeben:

„Ich bestätige den Empfang Ihres Telegrammes vom 14. d. M. Ihr Vorwurf, daß der Internationale Gewerkschaftsbund die Einigkeit nicht will und sie fürchtet, ist lächerlich.“

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat bewiesen, daß er die Einigkeit will und nicht fürchtet, als er sich im Oktober 1919 an die russischen Arbeiter wandte, ihnen

den Beistand der europäischen Arbeiter anbot und sie aufforderte, mit diesen in Verbindung zu treten. Sie sind es gewesen, die diesen Versuch, die Einigkeit herzustellen, unbeantwortet ließen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat im Juni 1920 bewiesen, daß er die Einheit will und nicht fürchtet, als er die gesamte Arbeiterschaft zum

Vopst gegen das Ungarn des Weißen Schreckens aufrief, um den ungarischen Kameraden zu Hilfe zu kommen. Die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Arbeiter haben diesem Aufruf Folge geleistet. Ihre Mitglieder taten nichts. Die einzige Antwort, die Sie gaben, war Ihr Aufruf vom August desselben Jahres, den Internationalen Gewerkschaftsbund zu untergraben und zu zerschlagen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat ferner im September und Oktober 1920 bewiesen, daß er die Einigkeit will und nicht fürchtet, als die ihm angeschlossenen europäischen Arbeiter, seinem Appell Folge leistend, die für den Krieg gegen Sowjetrußland bestimmten

Waffentransporte nach Polen ausließen.

Dieser Akt internationaler Solidarität ist es gewesen, der nach Rykows Worten auf Ihrem Moskauer Kongreß im Juni vorigen Jahres — die europäische Bourgeoisie daran verhinderte, Sowjetrußland zu erdroffen. Neue Verbündungen und neue Angriffe waren Ihre Antwort.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat hinreichend bewiesen, daß er die Einigkeit wollte und sie in keiner Weise fürchtet. Sie und die Ihren aber haben bis jetzt nichts getan, als diese Einigkeit zu sabotieren.

offensichtlich aus Furcht vor der Erkenntnis der russischen Arbeiter, daß Sie den Internationalen Gewerkschaftsbund ohne jede Ursache verurteilten.
Finnen,
Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.“

Hast Du Deine Pflicht erfüllt?

Die erste Pflicht eines jeden Sozialdemokraten ist, sein Parteiblatt zu abonnieren und sich dauernd über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ereignisse auf dem laufenden zu erhalten.

Die zweite Pflicht aber ist, dem Parteiblatt neue Leser und damit der Partei neue Anhänger zu werben.

Hast Du diese Pflicht schon erfüllt? Wenn nicht, dann gehe schnell daran. Denn der bevorstehende Monatswechsel bietet die beste Gelegenheit, werbend tätig zu sein für den „Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden.

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 20 M. pro Monat Februar.

Name _____
Wohnung: _____
Straße Nr. _____
wozu _____ Hoj — Quergeb. — Seitn. — Tr. links — rechts
bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Für eine Änderung des Betriebsrätegesetzes.

In Essen hielten die Betriebsräte des alten Bergarbeiterverbandes und Afa-Bundes eine Konferenz ab, die eine Entschließung annahm, in der die Vorstände der Verbände ersucht werden, gemeinsam bei dem Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes sowie bei den diesen Verbänden nahestehenden politischen Arbeitervereinigungen sich für eine Revision des Betriebsrätegesetzes einzusetzen. Die Reichsregierung soll außerdem aufgefordert werden, dem Reichstag und dem Reichstag unverzüglich das in Artikel 155 der Reichsverfassung gewährleistete Gesetz zur Bildung von Bezirksarbeiter-, Bezirkswirtschafts- und Reichswirtschaftsräten vorzulegen und auf eine baldige Verabschiedung hinzuwirken.

Neue Löhne im Buchdruckgewerbe.

In den letzten Tagen verhandelte der Tarifsausschuß der deutschen Buchdrucker in Leipzig über eine Neuregelung der Löhne für das Buchdruckgewerbe. Die Vertreter der Arbeiter führten an Hand umfangreichen und durchschlagenden Materials den Nachweis, daß in den letzten Wochen wieder eine ganz enorme Verteuerung der gesamten Lebenshaltung eingetreten ist. Auf Unternehmerseite sträubte man sich zunächst hartnäckig gegen jede Lohnerhöhung und wollte nur die im Februar einsetzende Brotverteuerung durch eine entsprechende Lohnerhöhung abgleiten. Nach langwierigen Verhandlungen in Kommission und Plenum und einer Reihe Sonderberatungen kam man schließlich zu einer Einigung auf folgender Grundlage:

Ab 1. Februar erfahren die bisher gezahlten Wochenlöhne folgende Erhöhung:

Wochenlohn ohne	Bezugsrate um Markt	Neue Rate um Markt	Neuansgesetzte Rate um Markt
2 1/2	50	40	89
5	51	41	81
7 1/2	52	42	82
10	53	43	83
12 1/2	54	44	84
15	55	45	85
17 1/2	56	46	86
20	57	47	87
25	58	48	88
Berlin u. Hamburg	60	50	40

Danach betragen ab 1. Februar die tariflichen Mindestwochenlöhne:

Für Klasse C (über 24 Jahre) Verb. Ledige		Für Klasse B (21-24 Jahre) Verb. Ledige		Für Klasse A (bis 21 Jahre) Verb. Ledige		Für Neuangestellte	
M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
465	448	440	418	400	378	323	
473	451	448	426	408	386	331	
486	464	461	439	421	399	344	
499	477	474	452	434	412	357	
512	490	487	465	447	425	370	
525	503	500	478	460	438	383	
538	516	513	491	473	451	396	
551	529	526	504	486	464	409	
564	542	539	517	499	477	422	
575	553	550	528	510	488	433	
Berlin u. Hamb.	591	588	548	526	466		

Für die Hilfsarbeiter gelten 85 Proz. obiger Sätze. Die geforderte Gleichstellung der Teuerungszulage mit derjenigen für die Gehilfen wurde trotz energischer Forderung von den Unternehmern abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde die geforderte Erhöhung des Maschinensehverzugs auf 15 Proz. des Gesamtlohnes.

Das Kostgeld für Lehrlinge beträgt ab 1. Februar für Berlin im 1. Lehrjahr 75, im 2. 85, im 3. 100 und im 4. Lehrjahr 110 RM.

Das neue Lohnabkommen soll die Tarifparteien bis 31. März 1922 binden, könnte also erstmalig am 1. März d. J. gekündigt werden.

Die Ursache der dauernden Befoldungskämpfe.

Wenn auch die geradezu überstürzte Rückwärtsentwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland mit in erster Linie daran schuld ist, daß das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht mehr Schritt hält mit der Preisbildung, so müßte es bei gutem

Willen auf allen Seiten doch möglich sein, wenigstens so scharfe Krisen wie die augenblickliche, die die gesamte Bevölkerung bedrückt, zu vermeiden. Der Deutsche Beamtenbund kann jedenfalls für sich in Anspruch nehmen, daß er zu wiederholten Malen seine ursprünglichen Forderungen so weit ermäßigt hat, daß er erhebliche Schwierigkeiten in den Mitgliederkreisen hatte, sein Nachgeben zu vertreten. Andererseits muß selber festgestellt werden, daß in den Kreisen der Regierungsvertreter, die seit Jahren die Fragen der Beamtenbefoldung bearbeiten, meist nicht das erforderliche Verständnis und viel weniger der richtige Ton geherrscht hat, so daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten bei den an sich ungewöhnlich schwierigen Verhandlungen in Beamtenfragen möglich gewesen wäre. Insbesondere muß von den Hauptreferenten für die Beamtenbefoldung im Reichsfinanzministerium, Herrn Ministerialrat Kühnemann, gesagt werden, daß sein Auftreten und sein Wesen regelmäßig zur Verschärfung und zu unliebsamer Zuspitzung der Lage beigetragen hat.

In führenden Kreisen der Beamtenschaft ist man durchaus bestrebt, der ungünstigen Wirtschaftslage des Reiches Rechnung zu tragen; allein die Regierungsmassnahmen der beiden letzten Jahre auf dem Gebiet der Beamtenpolitik lassen erkennen, daß in leitenden Regierungskreisen nicht die geringste Rücksicht auf die Wünsche der großen Mehrheit der Beamtenschaft genommen wird. Zumal in allen grundsätzlichen Fragen beweisen die Regierungsvertreter den Wünschen der übergroßen Mehrheit der Beamtenschaft nicht das leiseste Entgegenkommen, so daß die Auffassung entstehen muß, die Kampfstellung der Regierungsvertreter ist gewollt und beabsichtigt.

Man möchte wünschen, daß eine kluge Regierungspolitik sich von Personen befreit, die jeder Verständigung grundsätzlich im Wege stehen. Dann werden Krisen von dem Umfang der derzeitigen nicht mehr entstehen.

Am diesem Wunsche Geltung zu verschaffen, ist doppelt notwendig, daß der Deutsche Beamtenbund, der uns die vorstehenden Zeilen übermittelt, sich von jeder Sonderaktion fern hält. Nur die Geschlossenheit aller an den Verhandlungen beteiligten und an deren Erfolg interessierten Organisationen gewährleistet die Befreiung solcher Mißstände. Von der Reichsregierung, besonders von unseren Genossen in ihr, erwarten wir, daß sie den zuständigen Beamten strenge Weisung gibt, mit den Vertretern der Beamten so zu verkehren, wie das unter Bürgern einer demokratischen Republik üblich sein sollte.

Deutschnationale Stinkbomben.

Mit welchen Mitteln die Mächte der Vergangenheit arbeiten, um die Jugend für sich einzufangen, konnte man in einer Jugendversammlung des Zentralverbandes der Angestellten kennen lernen, die am Mittwoch in der Aula der Schule Niederwallstraße stattfand. Deutschnationale Kadaverheiden versuchten, den Referent n Frh Schmidt am Sprechen zu hindern. Die Versammlung zwang sie jedoch zur Ruhe. Schmidt führte in seinem Vortrage über das Thema: „Der kaufmännische Lehrling in der Vergangenheit und Zukunft“ unter anderem folgendes aus: Während früher der Lehrling in die Familie seines Lehrherrn aufgenommen wurde und damit in ein engeres Verhältnis zum Lehrherrn trat, sind in der heutigen Zeit diese persönlichen Beziehungen fast völlig geschwunden. Mit der Entwicklung zum Großbetrieb und der Mechanisierung der Arbeit trat das Abhängigkeitsverhältnis des Angestellten zum Prinzipal schärfer in die Erscheinung. Der Handlungsgehilfe ist zum Teilarbeiter geworden. Auch die Schule in ihrer veralteten Form gibt dem jungen Menschen eine Ausbildung, die für eine gründliche Berufsvorbereitung nicht ausreicht. Als Abwehr gegen die Ausnutzung, die der heutige Geschäftsbetrieb für den Lehrling mit sich bringt, wird er zum Zusammenschluß mit seinen Berufskollegen in der Organisation gedrängt.

Als erster Diskussionsredner ergriff der Jugendleiter des Gaues Brandenburg vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, Herr v. Gonschorek, das Wort. In überaus prägnanter Weise ging er sofort auf das politische Gebiet über und beschimpfte die Anhänger der freien Jugendbewegung als Verräter. Damit gab er, wie verabredet, das Signal zum deutschnationalen Kampf. Ein Mitglied der Jungmannschaft in Uniform, umgürtet mit einem Dolch, trat als erster in Aktion. Dann folgten einige Stinkbombenwürfe, die natürlich zur Folge hatten, daß die erschienenen Eltern und Lehrlinge fluchtartig den Saal verlassen mußten. Die deutschnationale Sprengkolonne war mit der Absicht erschienen, die Versammlung zu stören und dann für sich eine Versammlung abzuhalten. So betreibt also der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband Jugendaufklärung. Die Versammlungsleitung sah sich infolge des Werfens von Stinkbomben veranlaßt, die Versammlung zu schließen.

Den Eltern und Jugendlichen hat dieser deutschnationale Bombengeist gezeigt, wie groß die Gefahr ist, die ihren Söhnen und

Töchtern droht, wenn diese nicht frühzeitig den Anschluß an die freigewerkschaftliche Organisation suchen. Rat und Auskunft erteilt das Jugendsekretariat des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Tarifverhandlung im Einzelhandel.

Nachdem die Angestellten des Berliner Einzelhandels fast einmütig das Angebot der Arbeitgeber von 10 Proz. Zulage abgelehnt hatten, fanden sich die beiden Parteien gestern zu abermaligen Verhandlungen zusammen. Im Verlaufe derselben leitet man mühselig von 10 Proz. auf 17 1/2 Proz., um endlich annähernd 20 Proz. zu erreichen. Wenn selbst auch diese Prozentsiffer nicht voll auf befriedigen kann, so darf immerhin verzeichnet werden, daß die Angestellten infolge ihrer Geschlossenheit ein gut Stück weiter gekommen ist. Diese Tatsache veranlaßt auch die Organisation, das letzte Angebot der Arbeitgeber von 18 bis 20 Proz. (die genauen Zahlen sind im Verhandlungsbureau erhältlich) zur Annahme zu empfehlen. Der Zentralverband der Angestellten fordert deshalb hiermit seine Mitglieder auf, umgehend in den Betrieben abzustimmen und ihm das Abstimmungsergebnis sofort zu übermitteln.

Neue Löhne im Berliner Buchhandel.

Die diesmalige Lohnbewegung der Berliner Marktbesitzer im Buchhandel stand unter dem Zeichen der Kampfansage. Waren doch die Löhne gegenüber den anderen Löhnen im Handelsgewerbe äußerst niedrige, obwohl die Konjunkturverhältnisse dieser Branche als besonders gut zu bezeichnen sind. Trotzdem waren die Arbeitgeber nicht zu bewegen, einigermaßen zufriedenstellende Erhöhungen zu bewilligen, so daß der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zur Entscheidung angerufen werden mußte. In einer Verhandlung am 17. Januar schloß dieser einen Schiedsspruch, der eine Erhöhung der Löhne ab 1. Januar 1922 bis 15. Februar 1922 von 25 Proz. und ab 15. Februar 1922 von 30 Proz. vorsieht.

Eine Versammlung der Arbeitnehmer, die sich mit dem Schiedsspruch beschäftigte, nahm denselben mit sehr gemischten Gefühlen auf und beantragte, eine Urabstimmung vorzunehmen. Durch diese Abstimmung wurde zwar der Schiedsspruch gegen eine starke Minorität angenommen, jedoch kam zum Ausdruck, daß, wenn nicht nach dem 28. Februar ein weiteres Entgegenkommen der Arbeitgeber vorhanden ist, mit einem verheerenden Kampf gerechnet werden muß. Der Vertreter der Organisation schilderte die Schwierigkeiten, die diesmal zu überwinden waren und gab der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn die Geschlossenheit der Kollegen gewahrt wird, die Arbeitgeber gezwungen sind, den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Nur geschlossenes und einheitliches Vorgehen führe zum Ziele.

Nähere Auskunft über den Tarif erteilt der Kollege Padubrin, Deutscher Transportarbeiterverband, Engelauer 24/25, o. 2 Tr., Bureau Zimmer 33.

Graph, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Berlins. Am Sonntag, vormittags pünktlich 10 Uhr, findet in der Hof-Beuerei, Tempelhofer Berg, eine Mitgliederversammlung statt. Es handelt sich um die Wahl des Vorstandes. Von den Roskowitzern werden alle Anstrengungen gemacht, um die Zahlstelle in ihre Gewalt zu bekommen. Die Kollegenschaft hat sich seinerzeit für Amsterdams entschieden und hat dadurch die Zahlstelle vor Schaden bewahrt. Kolleginnen und Kollegen! Wollt Ihr weiter geordnete Zustände haben, wollt Ihr, daß die gewerkschaftliche Arbeit in Ruhe und Ordnung erledigt wird, dann müßt Ihr geschlossen in der Versammlung erscheinen und Eure Stimme für den bisherigen Vorstand abgeben. Ein Mißgeschick, das man Euch vorzuziehen will, ist nicht arbeitsfähig und zum Schaden der Organisation.

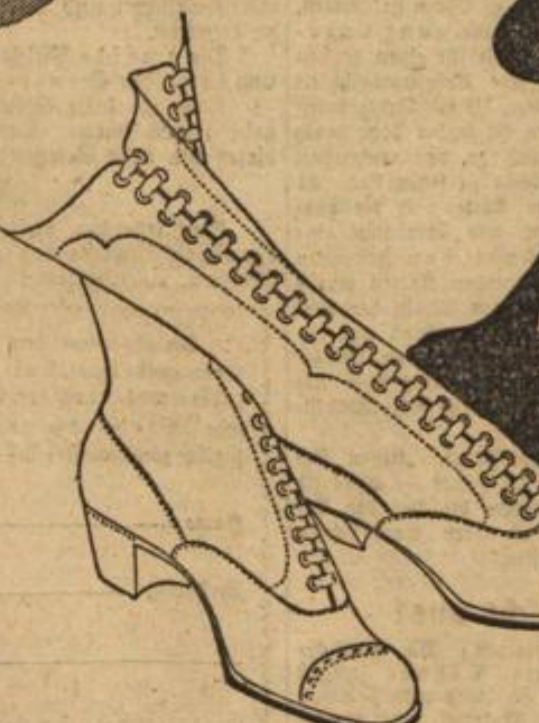
Der Aktionsausschuß, Richtung Amsterdam.

Verantw. für den Inhalt: Karl Franz Althaus, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Einleger u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. 101232 1. Verlags.

Der Film „Fredericus Rex“, dessen Uraufführung im Ufa-Palast am 30. Juni berichtet, stellt nicht nur das Werden und den Aufstieg des Königs dar, sondern ist bestimmt ein getreues Spiegelbild der Zeit und des Milieus, in dem er gelebt hat, wiederzugeben. Ein solches echtes und wahres Spiegelbild zu schaffen, ist erst durch die Entwicklung der neuen Filmkunst möglich geworden. Die Aufnahmen sind in den ehemals königlichen Schlössern Sanssouci, Rheinsberg, Küstrin und Königs-Wusterhausen gemacht, die Kostüme und Requisiten, die zum Teil aus den Wägen geliehen wurden, nach den Originalen hergestellt. Selbst die Behälter der bedeutenden Persönlichkeiten aus dem Kreise Friedrichs II. ist im Film zu erkennen verüßt worden. Keine andere Kunst unserer Zeit hat es möglich machen können, eine längst verschwundene Zeiterfolge in voller Bewegung, mit allen ihren Leidenschaftlichen und Bestrebungen in getreuer Nachbildung wiederzuerstehen zu lassen und dem Zuschauer vor Augen zu führen. Keine Geschichtsbildung, kein gemaltes Bild, kein Theaterstück, die alle nur winzigen Ausschnitte einzelner Ereignisse wiedergeben, reichen an die Filmkunst heran, die das Leben der Zeit selbst, das Leben ihrer Menschen und deren Umwelt für kurze Augenblicke in dem Schauer neu zu erwecken imstande ist.

Gensationsation

- Eleganter Damen-Stiefel 168 mit echter Lackkappe, neueste mod. Form... M.
- Damen-Gesellschaftsstiefel 198 prima R.-Chevreaux, mit echter Lackkappe... M.
- Elegant. Damen-Halbschuh 168 echt Boxcall, bequeme, moderne Form... M.
- Solider Herren-Stiefel 178 echt Rindbox, in guter Lederverarbeitung... M.



Lomax

Herren-Sportstiefel, la Rindbox 248 mit Zwischensohle, in bester Lederverarbeitung, Spottpreis M.

Schuhfabrikum & Cie A.G. Burg b. Magdeburg.

- SW, Friedrichstr. 240/41
- NW, Turmstrasse 41
- N, Friedrichstrasse 130
- SO, Oranienstrasse 2a
- W, Potsdamer Strasse 50
- NW, Wilsnacker Str. 22
- N, Mälerstrasse 3
- SO, Wrangelstrasse 49
- W, Schillstrasse 16
- N, Brunnenstrasse 37
- O, Andreasstrasse 50
- C, Spittelmarkt 15
- NW, Besselstrasse 29
- N, Danziger Strasse 1
- O, Frankfurter Allee 22
- C, Rosenthaler Strasse 14
- Neukölln, Bergstr. 30/31
- Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 122/23/Potsdam
- Brandenburger Strasse 54

Was kann Dein Kind werden? Die Arbeit des Berufsamtes der Stadt Berlin.

Wenn die Entlassungen aus der Schule bevorstehen, tritt an viele Eltern die sorgenvolle Frage heran: „Was soll unser Kind werden?“

Die Berufswahl eine öffentliche Sorge.

Eine richtige Berufswahl, die den Fähigkeiten eines Kindes entspricht und auch die Neigung zu ihrem Recht kommen läßt, dient nicht nur dem Kind, sondern der ganzen Gesellschaft.

Das Berufsamt der Stadt Berlin (Oranienburger Str. 54), das seine Arbeit im April 1920 begann, konnte auf damals schon bestehenden, durch Verbände geschaffenen Einrichtungen weiterbauen.

Unterstützung des Berufsamtes durch die Schule.

Damit ein möglichst großer Teil der Schulklassen für die Berufsberatung erfährt wird, stellt schon die Schule sich in den Dienst des Berufsamtes.

Einsichtige Mitwirkung der Eltern.

Dass die Eltern wirklich kommen, ist die Voraussetzung für jede Arbeit des Berufsamtes.

Dass man in dieser Hoffnung sich nicht getäuscht hat. Natürlich ist es nicht möglich, alle Wünsche der Kinder und ihrer Eltern zu erfüllen. Nur zu oft haben Berufsberater und Berufsberaterinnen gerade das als ihre Pflicht angesehen, dem Ratfuchenden die Erfüllung seiner Wünsche zu widerraten und seine falschen Vorstellungen von diesem oder jenem Beruf zu berichtigen.

Eignungsprüfungen.

Im Dienst des Berufsamtes stehen Männer und Frauen, die aus Berufen der verschiedensten Art hervorgegangen sind und mannigfache Sachkenntnisse mitgebracht haben.

Für die Organisation der Berufsberatung wird eine Dezentralisierung angestrebt. Jeder der 20 Verwaltungsbezirke soll eine eigene Berufsberatungstelle erhalten.

Havel und Spree zuäesfrozen.

Der Müggelsee für den Eislauf freigegeben.

Die große Kälte der letzten Tage hat den Gewässern in der Umgebung Berlins eine so feste Eisdicke verliehen, daß vom Wasserbauamt die Sperrung der Schiffahrt auf folgenden Strecken angeordnet werden mußte:

Auch die Oder ist zugefrozen. In den Oberhäfen liegen noch große Ladungen von Kohlen und Zuder.

Kälteferien in den Berliner Schulen.

Da die Berliner Gaswerke nicht mehr den erforderlichen Koks für die Heizung der Schulen bei der anhergewöhnlichen Kälte liefern können, so ist nach einer amtlichen Mitteilung in der gestrigen Schuldeputations Sitzung eine vorübergehende Schließung sämtlicher Alt-Berliner Schulen unumgänglich geworden.

Freikorps-Abenteurer.

Das vergnügte Militärgefängnis in der Dirschenstraße.

Umfangreiche Veruntreuungen bei einem der berüchtigten Freikorps und andere abenteuerliche Geschichten kamen in einer Verhandlung zur Sprache, die zwei Tage die Strafkammer des Landgerichts II beschäftigt hat.

Der ebenfalls schon mehrfach vorbestrafte Thiefs war Rechnungsführer bei dem Infanteriegeschützbatallion des Freikorps v. Kiewitz gewesen. Wie die Anklage behauptet, soll er dem Automobilverleiher Löblich für verschiedene Vergnügungsfahrten einen gesäßlichen Scheck des Korps beschreiben lassen.

Vor Gericht machten die Verteidiger für die Mitangeklagten geltend, daß diese die strafbare Herkunft nicht gekannt hätten.

Der Samenhändler als Goldschieber.

Wie Goldsachen und Brillanten in Deutschland zusammengekauft und über die Grenze geschmuggelt werden, beleuchtet wieder einmal eine Verhörung, die in Freiburg an der schweizerischen Grenze vorgenommen wurde.

24) Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun. Zur Mitternachtsstunde.

Die Lampe war ausgegangen, und der Mondschein erstreckte sich in großen, breiten Bieren ganz bis zum Tisch und zum Flügel.

Der weiße, zitternde Schein erfüllte das Zimmer, so daß Berner und Helwig, die am Tisch saßen, deutlich jeden Zug und jeden Stimmungswechsel in ihren Gesichtern unterscheiden konnten.

Als Doktor Sylt und Fräulein Selma ins Zimmer traten, überliefen die kleinen, scharfen Augen des Doktors schnell die Situation.

„Uha,“ sagte er, „Sie sitzen hier zusammen im Mondschein und plaudern miteinander wie zwei ganz natürliche Menschenkinder.“

Hilfsbe richtete sich auf, sah ihn fest an und sagte: „Als was sollten wir sonst miteinander plaudern?“

„Rein, natürlich! Ich konstatiere nur eine Tatsache.“ Der Doktor blieb neben dem Flügel stehen und starrte in den Mondschein, der auch ihn berauschte.

„Es war kein Petroselinum mehr auf der Lampe!“ sagte Frau Helwig erklärend und legte sich mit geschlossenen Augen im Stuhl zurück.

Fräulein Selma ging um ihren Stuhl herum zum Tisch und hob die schwere Lampe.

„Ich werde sie hinaustragen und füllen!“

Frau Helwig streckte die Hand aus und hielt sie zurück.

„Ach nein — die Nacht ist so schön!“

Dann richtete sie sich auf und sagte ins Zimmer hinein: „Herr Hilfsbe und ich haben gemeinsame Bekannte gefunden.“

„Ja, die Welt ist klein!“ sagte Hilfsbe. Der Doktor setzte sich auf das Tabouret vorm Flügel und sah mit seinen kleinen, scharfen Augen zu Frau Helwig hinüber.

„Ja, ja! Und wenn man einen großen Bekanntenkreis hat!“

Frau Helwig merkte den forschenden Blick und erhob sich.

„Wie geht es denn dem Patienten?“ fragte sie.

„Ich dachte mir wohl, daß Sie ungeduldig seien, etwas zu erfahren, Frau Hjarter, deshalb kamen wir so schnell wie möglich herunter.“

Es klang ganz geradezu und unschuldig. Trotzdem fühlte Frau Helwig, wie ihr das Blut in die Ohren stieg.

„Sie ist etwas heißer!“ begann der Arzt, indem er sie von der Seite anblickte.

„Sie hat auch etwas Atemnot.“

Frau Helwig bemerkte nicht den feinen Uebergang im Ton.

„Das kommt wohl alles von den Zähnen?“ sagte sie, halb geistesabwesend, und strich sich über die weiße Stirn.

„hm — die Zähne!“ Der Doktor sah zur Seite und sann einen Augenblick nach, während er seinen schweren Oberkörper auf dem Tabouret hin und her wiegte.

„Ja, ja, wir werden sehen, Frau Hjarter!“

„Was ich noch sagen wollte,“ fügte er hinzu und erhob sich, „es ist ein kleiner Belag da, den ich gern näher untersuchen möchte. Wenn ich von der Leichenbesichtigung komme, gehe ich mal bei mir zu Hause vor und hole die Instrumente.“

Fräulein Selma wurde es plötzlich angst zumute.

„Die Instrumente, Herr Doktor?“

Auch Frau Helwig wandte sich hastig zu ihm um.

„Soll sie geschuldet werden?“

„Ach was, geschuldet!“ sagte der Doktor spöttisch.

„Es gibt so viele Sorten Instrumente bei uns Tausendkünstlern, Frau Hjarter. Mit den bloßen Fäusteln geht es ja nicht immer.“

„Dann kommen Sie wieder hierher, Herr Doktor?“ fragte Fräulein Selma.

„Ja, das tue ich!“ antwortete der Doktor und sah auf seine Hände herab.

„Noch heute nacht?“ fragte sie weiter und strich die aschblonde Locke von den Augen zurück.

Doktor Sylt sah zu ihr auf und sagte sanft und geradezu:

„Ja, weshalb nicht, kleines Fräulein? Man soll nicht bis zum folgenden Tag aufschieben, was man in einer hellen und stillen Sommernacht tun kann.“

Frau Helwig lächelte:

„So heißt es nun nicht, Doktor.“

„Sie wissen wohl, daß ich meinen eigenen kleinen Sprichwortschatz habe! Und da man nun einmal in den Kleidern ist — und die Leichenschau — und so weiter.“

Dann schloß er die Türe und ging auf die Kontortür zu.

„Auf Wiedersehen!“

„Auf Wiedersehen, Doktor Sylt!“ sagte Frau Helwig — und fügte hinzu, als er die Tür erreicht hatte:

„Wir lassen die Tür offen stehen; es kann ja doch niemand von uns schlafen.“

Doktor Sylt sah sie mit seinen kleinen, scharfen Augen an und sagte gleichgültig:

„Rein, das läßt sich denken!“

Fräulein Selma ging rasch auf ihn zu:

„Sie bleiben wohl nicht zu lange fort, Herr Doktor?“

„Und weshalb?“

„Wenn die arme Kleine nun keine Luft bekommen kann?“

Der Doktor klopfte ihr die Wange mit seiner behaarten Bärentahe.

„Sehen Sie sich zu ihr, und halten Sie ihre Hand, dann wird sie schon ruhig werden. Ich komme, sobald ich kann — das wissen Sie.“

Dann ging er durchs Kontor hinaus.

2.

Nachdem Doktor Sylt gegangen war, stand Fräulein Selma einen Augenblick mitten im Zimmer.

Sie sah verstohlen zu Frau Helwig hinüber, die sich gegen den Tisch lehnte und in den Mondschein starrte, während Herr Hilfsbe schweigend und unbeweglich im Lehnstuhl saß, als warte er nur darauf, daß sie gehen solle.

Es ärgerte sie, ihn dort in des Amtsvorstehers Stuhl sitzen zu sehen, als wäre er in diesem Zimmer bereits zu Hause; und es wurde ihr plötzlich klar, daß es ein Unglück sei, daß er überhaupt gekommen war.

Da bekam sie eine Idee.

(Fortsetzung folgt.)

der Flage eines Samenhändlers nach Deutschland und so auch nach Berlin, wo er mit Keller zusammen in einem Hotel wohnte. Wittborn spielte in Zeitungsanzeigen den „Samenhändler“, in Wirklichkeit betrieb er gewerdmäßig den Verkauf von Gold und Brillanten, die er dann durch Keller über die Grenze schmuggeln ließ.

Was geschieht für die Sarotti-Arbeiterschaft?

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schokoladenfabrik von Sarotti hatten gestern Lohnzahlung. Die Arbeitswoche, in der das Brandunglück sich ereignete, wurde voll bezahlt. Das ist aber auch das einzige „Entgegenkommen“, zu dem die Direktion bisher sich bequemt hat. In der gestern abgehaltenen Versammlung der Arbeiterschaft wurden einige Mitteilungen gemacht, die nicht als Trost wirkten. Diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die nach dem 31. Dezember 1921 eingestellt worden sind, können sich heute ihre Papiere holen, sind also entlassen. Das paßt schlecht zu der anfänglichen Zusage, daß niemand entlassen werden sollte. Den anderen Arbeitern und Arbeiterinnen winkt noch die Hoffnung, daß sie nach einer mehr oder minder langen Pause wieder Beschäftigung erhalten. Angeblich soll ein Teil von ihnen bereits in der nächsten Woche in der Fabrik von Groß wieder anfangen, die von der Sarotti-Konzerngesellschaft zur schleunigen Wiederaufnahme des Betriebes herangezogen wird. Ueber die Frage der Entschädigung für verbrannte Kleidung usw. verläuft noch nichts Bestimmtes. Nur das wird bereits gesagt, daß bares Geld, das in den Kleidern steckte und mitverbrannt ist, nicht ersetzt werden soll. Wegen des Schadenersatzes für Kleidungsstücke usw. sind Fragebogen verteilt worden, auf denen angegeben werden soll, was verloren gegangen ist und bei welcher Gesellschaft das Verlorene etwa versichert war. Mehr hat die Firma bisher nicht von sich hören lassen. Sie wird sich aber ihrer Verpflichtung zum Schadenersatz nicht entziehen können.

Erweiterung der Feuerwehnanlage Niederschöneweide.

Für die zum Bezirk Treptow gehörigen Ortsteile Ober Schöneweide und Johannisthal mit den dort zusammengehörigen Industrieanlagen muß zur Verbesserung des Feuersehns eine zeitgemäße Feuerwehnanlage geschaffen werden. Dies soll durch Anschluß der beiden Ortsteile an die in Niederschöneweide bereits vorhandene Anlage erreicht werden. Der Magistrat will das bestehende, an sich nicht allen Anforderungen genügende Zylinderrohrsystem auswechseln und die ganze Anlage nach dem neuesten „System Siemens“ um- und ausbauen. Die Kosten hierfür sind einschließlich der Nebenarbeiten auf rund 585 000 M. veranschlagt worden. Um den städtischen Haushalt nicht mit den vollen Kosten zu belasten, wurde mit den betroffenen Industriekreisen wegen Beteiligung an den Kosten verhandelt. Fast alle in Frage kommenden Firmen haben sich zu freiwilligen Beiträgen verpflichtet, so daß bereits rund 400 000 M. gesichert sind. Der von der Stadt aufzubringende Kostbeitrag vermindert sich daher bereits auf 185 000 M. Nach Ausführung der Anlage für die angeschlossenen Ortsteile ist neben der Benachrichtigung der freiwilligen Wehren die sofortige Alarmierung der ständig besetzten Berufsfeuerwehr in Niederschöneweide gesichert.

Eine große Trauerfeier für den verstorbenen Papst wird in der Gedwigskirche heute Sonnabend, vormittags 10 Uhr, stattfinden.

Die Dülferjuchmahlzeit, die während der Weihnachtsferien angelegt worden war, hat in allen Bezirken Groß-Berlins für Schul- und Kleinkinder, Jugendliche und Mütter wieder begonnen. Es werden täglich zunächst bis zum April ca. 78 000 Portionen an ungefähr 1000 Speisestellen verandaubt. Außerdem sind für einen Teil der Schulumittagspeisung Dülferlebensmittel zur Verfügung gestellt worden. Sie werden gemeinsam mit den städtischen Lebensmitteln verlost.

Aus den Bezirksversammlungen.

Der letzte Kommunerat hat das Erscheinen der nachstehenden Mitteilungen aus den Bezirksversammlungen verzögert.
In der letzten Bezirksversammlung des Bezirkes 7 (Charlottenburg) kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen rechts und links, da die Rechte den Standpunkt vertrat, daß die Deputierten nach der Stärke der Fraktionen zu beschließen seien, während sie im Kleinsten dem Grundgesetz beigetreten waren, daß in die ständigen Ausschüsse alle Parteien Vertreter entsenden müßten. Es gelang schließlich, die Rechtsparteien von ihrem Standpunkt abzubringen, und so wurde je ein Mitglied der Rechten, der Mitte und der Sozialdemokraten gewählt. — Auch im Bezirk 9 (Wilmersdorf) treibt die Rechte eine Verewaltungsspolitik schlimmer Art. Sie erhielt bei 30 Mandaten fünf Stadträte, während die Linke mit 20 Mandaten nur zwei Stadträte durchbringen konnte. Von der SPD wurde Genosse Emmel zum Stadtrat gewählt. — Im 12. Bezirk (Steglitz) wurden bei der Wahl der unbesetzten Stadträte unser Genosse Keimlich wiedergewählt. Durch Abstimmung mit der USP und den glücklichen Zufall einer Losentscheidung erhielt die USP einen Stadtratssprecher, den bisher die Deutschnationalen innegehabt hatten. — In der ersten Bezirksversammlung des 14. Bezirkes (Neukölln) wurde der alte Vorstand mit unserem Genossen Hellmann als Vorsitzender wiedergewählt. Bei der Wahl der sieben unbesetzten Stadträte entfielen je zwei auf die SPD, USP und Bürgerliche Vereinigung, während die SPD ein Mandat erhielt. In dieser Sitzung gab

es einige Aufregung, da eine Demonstration der Straßenhändler vor das Rathaus gezogen war und die Kommunisten sich darüber enrrüsteten, daß Sicherheitspolizei herangezogen sei und sich im Rathaus befinden. Schließlich wurde ein Vorschlag des Vorstehers angenommen, nach dem eine Vertretung aller Fraktionen die Deputation der Straßenhändler empfangen und deren Wünsche anhören sollte. — Im 20. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf) wurde an Stelle des ausgeschiedenen Stadtrats Selke (USP) der Reichstagsabgeordnete Henke-Bremen mit 17 Stimmen der Linksparteien gegen 14 bürgerliche Stimmen zum befohlenden Stadtrat und Bürgermeisterstellvertreter gewählt.

Schulfragen.

Der Widerstand gegen die Einschränkung der Schullehrer macht sich in allen Bezirken energisch bemerkbar. So wurde auch im Bezirk 6 (Halleisches Tor) einstimmig beschlossen, beim Magistrat zu beantragen, eine häufigere und durchgreifende Schullehrerreinigung vorzunehmen zu lassen. In demselben Bezirk gelangte auch ein Dringlichkeitsantrag zur Annahme, die Heizung im Luther-Angeum und in der Gemeindeschule Glogauer Straße wieder instandzusetzen. — Im 7. Bezirk (Charlottenburg) wurde eine Anfrage, warum den Schullehrern bis heute noch nicht die am 1. Juni 1921 bestimmten erhöhten Gehälter ausgezahlt sind, dahin beantwortet, daß Berlin bis heute die Prüfung dieser Angelegenheit noch nicht beendet hat. — Die Schule in der Remeler Straße, die im Bezirk 5 (Friedrichshain) liegt, wird ihrer Bestimmung wieder übergeben werden, nachdem für die bisher hier untergebrachte Erwerbsloswerksfürsorge Baracken errichtet sind.

Sonstige Vorlagen.

Im 7. Verwaltungsbezirk (Charlottenburg) wurden für die Instandsetzung des Spielplatzes West 50 173,45 M. bewilligt und für die Beseitigung von Sturmschäden insgesamt 155 000 M. angefordert. Ein Antrag unserer Fraktion, mit dem Berliner Magistrat Verhandlungen zur Verstädtlichung der Kindergärten Charlottenburg einzuleiten, wurde abgelehnt. Dagegen wurde einstimmig beschlossen, dem Verein proletarischer Kinderfreunde auf Antrag geeignete Räume zur Ausübung seiner Tätigkeit zur Verfügung zu stellen. — Der Millionensatz des Verwaltungsbezirks 9 (Wilmersdorf) fand Annahme. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das Verhalten des Bürgermeisters Augustin anlässlich seiner Einführungsrede von den Linksparteien einer Kritik unterzogen. — Im Bezirk 5 (Friedrichshain) beantragten die Kommunisten, 10 000 M. zur Bänderung der Rot in Sowjetrußland zu bewilligen. Da der Magistrat bereits 100 000 M. für diesen Zweck bereitgestellt hatte, stimmten die meisten Bezirksverordneten gegen diesen Antrag. Interessant war es, daß die USP-Fraktion sich ebenfalls gegen den Antrag ausgesprochen hatte, ihr Redner aber wahrscheinlich infolge des Andranges der von den Kommunisten bestellten Zuhörer plötzlich für die Bewilligung sprach. So gab es bei ihnen einige Verwirrung. Ein Teil der Unabhängigen stimmte für die Ablehnung, und das war das Zeichen für einen ohrenbetäubenden Lärm der Zuhörerschaft. In diesem Bezirk wurde der Errichtung eines Bezirksarbeitsamtes zugestimmt. Ein von unseren Genossen gestellter und vom Genossen Kaiser begründeter Antrag auf Beseitigung der Bilder und Büsten der Hohenzollern aus den städtischen Gebäuden erinnert an den Beschluß, den die Stadtverordnetenversammlung schon vor drei Jahren in dieser Angelegenheit gefaßt hat, der aber nur sehr mangelhaft ausgeführt wurde. Selbst in dem Sitzungssaal der Bezirksversammlung sind noch solche Gipsfiguren vorhanden. — Im 20. Bezirk (Reinickendorf) wurde gegen die Verordnung des Magistrats, den Erwerbslosen nach 26 Unterstütmungswochen die Zuwendung weiterer Geldmittel zu entziehen, Stellung genommen.

Groß-Berliner Parteinaeichten.

Heute, Sonnabend, den 28. Januar:

121. 121. Kaufbeher-Bez. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Sanssouci, Röllkestr. 1. Thema: „Das neue Parteiprogramm“. Referent Kurt Rickmann.
Jungsozialisten, Gruppenausführung 7 1/2 Uhr in den Räumen der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 1. Alle Gruppen müssen vertreten sein. Es ist Sorge zu tragen für die Abrechnung der „Jungsozialistischen Wähler“. — Der Arbeitsausschuss.

Morgen, Sonntag, den 29. Januar:

121. 121. Niederschöneweide. Vormittags 10 Uhr bei Centert, Treptow. Offiz. Mitgliederversammlung des Vorstandes und der interessierten Genossen mit den Vereinen „Arbeiterjugend“ und „Vorwärts“. Pünktlich erscheinen.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fische ziemlich ausreichend, Preise niedriger. Fleisch über Bedarf, Geschäft regt. Obst und Gemüse schwach, Geschäft ruhig.

Am gestrigen Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Goldbarsche kosteten ein Pfund 8 M., Seelachs 7,50 M., Barsche 10 bis 11 M., Gräne Heringe 8—8,50 M., Schellfisch 7,50 M. und Schollen 13 M. — Schweinekamm bis zu 23 M., das Pfund, Suppenfleisch 18 M. und Kalbfleisch 17 M., Schnitzel Pfund 26 M., Hammelkeule 16 M., Rindfleisch 22 M., ebenso Schwarzfleisch, Rindfleisch 19 und Kalbsleber 26 M., Kappfleisch kostete 7 M. — Weißkohl 2,20—2,50 M., Rotkohl 5 M., Zwiebeln 2,20 M. — Gänse 18—28 M. das Pfund und Gänsekeulen 22 M., Puten 20—26 M., Hase 12—18 M., Wildschwein 9—16 M. — Naturbutter bis 48 M. das Pfund, Kunstfett 19 M., Rindertalg 23 M., Speisefett 21 M. — Schweizerkäse 15 M. das viertel Pfund und Tilsiter 6,75—9 M., Haezerkäse 3,40. Ein halbes Pfund Allgauer Lmburger 14 M.

Wirtschaft

Die Preissteigerung am Baustoffmarkt.

In ihrer nächsten Nummer bringt die vom Verband sozialer Baubetriebe herausgegebene Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“ folgende Gegenüberstellung der Baustoffpreise, berechnet auf eine Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche.

Baustoffe	1. Juli 1914	1. Januar 1923
Mauersteine	700,—	10 296,57
Zement	60,—	1 200,—
Stückzement	75,—	1 888,—
Gips	12,50	233,73
Dachsteine	243,50	5 519,08
Rohterz	23,50	436,—
Rotholz	264,—	10 250,—
Fußboden	152,50	4 018,80
Zink	55,50	2 142,40
Summa	1 584,50	44 915,07

Die Preise der hauptsächlichsten Baustoffe für eine Wohnung sind also von 1584,50 M. am 1. Juli 1914 auf 44 915 M. am 1. Januar 1923 gestiegen. Wird der Preis vom 1. Juli 1914 gleich 100 gesetzt, so ist bis zum 1. Januar 1923 eine Preissteigerung der Baustoffe von rund 2835 Proz zu verzeichnen. Anfang Januar betrug die Indexziffer für die Baustoffe 2835. Anfang September 1921 wurde sie auf 1478 errechnet.

In vier Monaten sind demnach die Baustoffe fast genau auf das Doppelte gestiegen. Man wird nicht sagen können, daß eine derartige Preissteigerung durch die allgemeine Geldentwertung und durch die gestiegenen Löhne zu begründen sei. Die Löhne sind in den letzten vier Monaten nur um 55 bis höchstens 45 Proz. gestiegen. Die Preissteigerung, die sich zurzeit auf dem Baustoffmarkt vollzieht, ist also zum überwiegenden Teile eine völlig ungetriggerte.

Der Banknotenumlauf der Reichsbank ist nach dem Reichsbankausweis vom 23. Januar um 704 Millionen Mark zurüdgegangen, gleichzeitig hat sich der Umlauf an Darlehnsstiftungsscheinen um 130,6 Millionen Mark ermäßigt, so daß an papiernen Zahlungsmitteln insgesamt rund 120 Milliarden Mark im Verkehr waren, wovon 111,9 Milliarden auf Banknoten und 8 Milliarden auf Darlehnsstiftungsscheine entfielen.

Der Bau von Handelsschiffen im Jahre 1921. Die jährliche Zusammenstellung von Lloyd's Register über die Neubauten an Handelsschiffen gibt an, daß in Großbritannien im letzten Jahre 1 638 652 Tonnen neu erbaut wurden. Das sind 517 572 Tonnen weniger als im Jahre 1920, welches ein Rekordjahr im Schiffbau war. Gegenüber der Handelsschiffbauproduktion des Jahres 1913 bedeutet die genannte Zahl eine Verminderung um 373 201 Tonnen. In der ganzen Welt wurden im Jahre 1921 neu erbaut 4 341 679 Tonnen, was gegenüber dem Vorjahre eine Verminderung um rund 1,5 Millionen Tonnen bedeutet. Auf die wichtigsten schiffbauenden Länder der Welt außer England verteilen sich die neu erbauten Handelsschiffe folgendermaßen (die Ziffern des Vorjahres sind in Klammern angegeben): Vereinigte Staaten 1 306 413 (2 476 253); Deutschland 509 064, 1920 (—); Holland 232 402 (183 149); Japan 227 425 (456 642); Frankreich 210 663 (93 449); Italien 164 748 (133 190) Tonnen.

Vor der Brotpreiserhöhung. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat ihren Weizenmehlpreis Spezial 0 um weitere 75 auf 1275 M. pro 100 Kilogramm abwärts erhöht. Die Mühlenvereinigung hat damit in dieser Woche bereits die zweite Preiserhöhung vorgenommen und den Weizenmehlpreis im ganzen um 125 M. erhöht.

Uebereinkunft der Räte zum Bau des Rhein-Main-Donaukanals. Die am Mittwoch abgeschlossene Zeichnung auf die fünfprozentigen Teilschuldverschreibungen der Rhein-Main-Donau-K. G. ergab rund sechshundert Millionen Mark. Da nur dreihundert Millionen zur Zeichnung aufgelegt waren, so werden die darüber hinaus eingegangenen Anmeldungen, wie dies in der Zeichnungseinladung vorgegeben ist, aus dem Uebernaehmestortium seitens der Gesellschaft zur Verfügung gestellten weiteren dreihundert Millionen Mark Teilschuldverschreibungen bedrückt werden. Auch die Vorzugsaktien, von denen 255 Millionen 550 tausend Mark aufgelegt waren, sind erheblich überzeichnet worden, so daß eine entsprechende Verteilung auf die einzelnen Zeichner stattfinden muß.

Vanflavin-Pastillen

(sehr gelübt) zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle besonders bei

Grippe, Halsentzündung, Berchleimung
Erfällig in den Apotheken u. Drogerien

WEISSE WOCHE

Wir bringen in dieser Woche Weisse Waren aller Art zu enorm billigen Preisen zum Verkauf

Beginn Montag den 30. Januar

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

